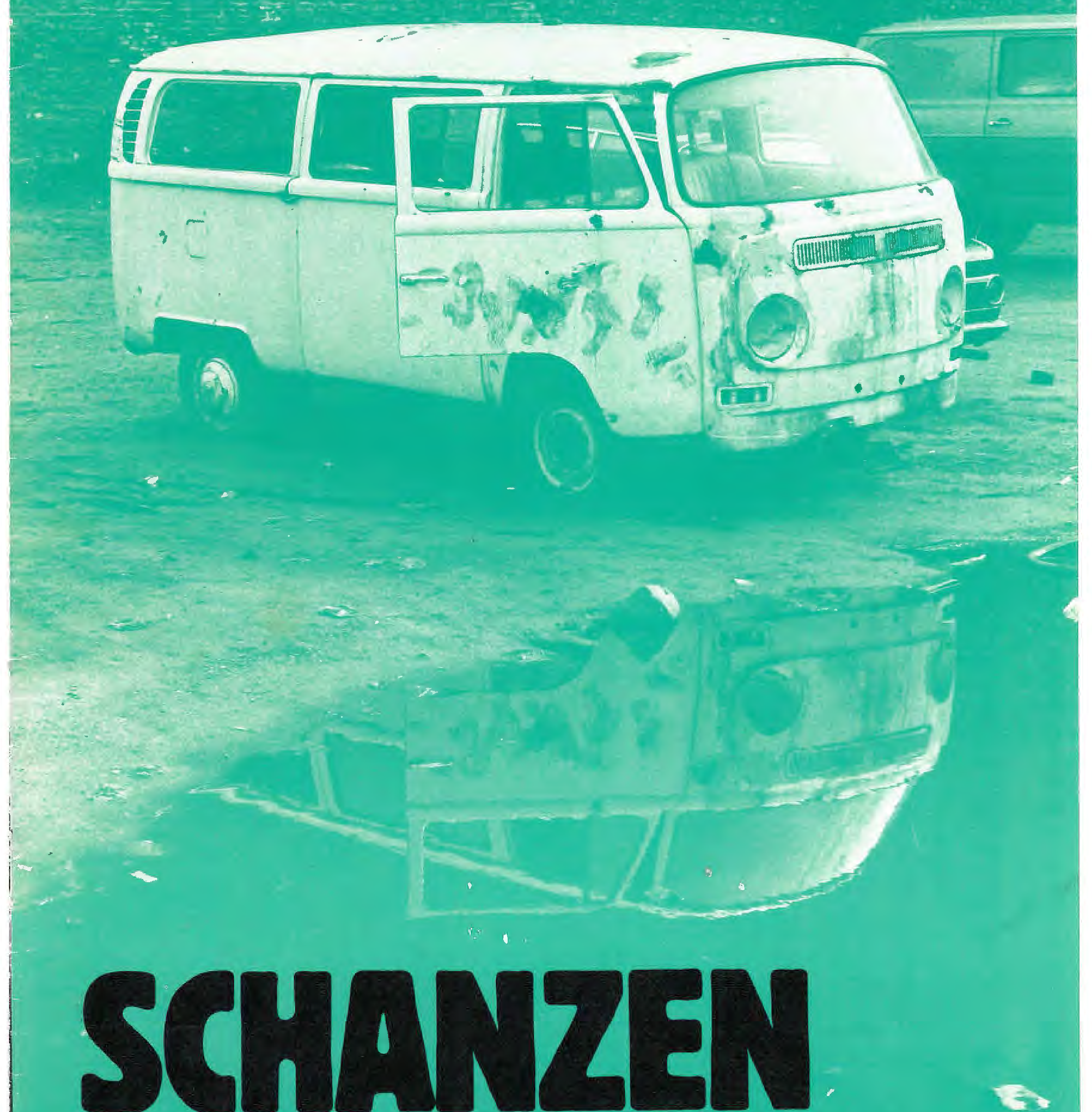
STRASSENFEST * STADTTEILPLENUM * BRAMMER * HAFENSTRASSE * WOHNUNGSLOSIGKEIT * ARCHIVE IN DER FLORA * WOHLERSPARK * MORDE IN KREUZBERG * FASCHIST IM VIERTEL * "RECHTS"STAAT * URUGUAY * MÄNNER * NS-FORSCHUNGSSTELLE * JÜDISCHER WIDERSTAND IM FASCHISMUS * RADIO * TAN * ADRESSEN



SCHANZEN LEBEN

JULI / AUGUST 1993

DM 2,50

Impressum

Schanzenleben
Postanschrift: c/o
Buchhandlung im Schanzenviertel
Schulterblatt 55 oder
Schanzenstraße 59 in
2000 Hamburg 36

Herausgeberin:
IG Schanzenleben GbR
(v.i.S.d.P) für diese Ausgabe ist:
Rolf-Dieter Klooß
Schulterblatt 58
2000 Hamburg 36

Für namentlich gekennzeichnete Artikel übernehmen die AutorInnen die Verantwortung. Im übrigen handelt die Redaktion wie immer völlig unverantwortlich. Wir haften auch nicht für Manuskripte oder Fotos, die unverlangt eingereicht werden, nehmen aber nach Möglichkeit alles in die darauf folgende Ausgabe auf. MS-DOS und ATARI kompatible Disketten sowie LeserInnenbriefe oder Artikel, die schon einzeilig in 8 cm Spalte getippt sind (nur weißes Papier und tiefschwarzes Farbband verwenden), werden klar bevorzugt. Die zusammen mit einem frankierten Rückumschlag eingereichten Disketten schicken wir umgehend zurück, andere Beiträge nur auf ausdrücklichen Wunsch. Alle Beiträge können a) über die Postanschrift geschickt oder b) direkt in der Buchhandlung im Schanzenviertel, Schulterblatt 55, abgegeben oder c) demnächst in den Schanzenleben-Briefkasten im Flora-Cafe eingeworfen werden. Mit der Annahme zur Veröffentlichung überträgt uns der/die AutorIn ein dauerndes Nutzungsrecht, obwohl wir grundsätzlich kein Honorar zahlen können.

Schanzenleben erscheint überraschend unregelmäßig, aber möglichst vierteljährlich und immerhin seit 1980! im Selbstverlag und Eigendruck. Die Verwertung einzelner Artikel, insbesondere durch Vervielfältigung, Nachdruck oder die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen ist zulässig, soweit sie unter deutlicher Angabe der Quelle erfolgt.
Direktbezug über Postanschrift
Einzelexemplare: DM 2.50 zzgl. DM 1.50 Porto und Verpackung in Briefmarken, ab 8 Exemplaren: DM 1.75 (30% Rabatt) zzgl. Porto und Verpackung, bei Abnahme größerer Mengen sind Sonderrabatte möglich.

Eigentumsvorbehalt
Die Zeitschrift bleibt so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile und nur diese - an den Absender mit ausführlicher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken.

in Kürze...

nach jahrelanger Versorgung hungriger und durstiger Gäste wurde die "Taverna To Frurio" zum 30.6.93 geschlossen; danach kommt ein weiterer Laden einer italienischen Restaurantkette (welche?) 'rein

in den noch im Bau befindlichen Neubau hinter historischer Fassade am Schulterblatt 45 kommt ein Laden der Drogerie-Kette "Rossmann" (es lebe der Preiskampf der Drogerie-Märkte)

ob die Kombination ein Treffer ist, wird sich noch zeigen: tagsüber die sog. gutbürgerliche Küche im "Pick-Express", dann öffnet ab 18.00 Uhr dort eine "Sushi-Bar" mit verschiedenstem rohen Fisch etc.; die Einrichtung ist aber doch eher für den Tagesbetrieb ausgerichtet

es geht das Gerücht, daß der Penny am Schulterblatt ebenfalls seine Pforten schließen soll; dies steht allerdings im Widerspruch zu den Gründen der HL-Schließung, denn beide gehören zur REWE-Gruppe und diese plant, alle HL-Läden zu schließen und daraus Penny-Läden zu machen, wo es möglich ist

das "Frau Döse" wurde renoviert und es findet (nicht deswegen) an jedem ersten Freitag im Monat ein Doppelkopf-Abend ab 20.00 Uhr statt

Nicolai Rabels, berüchtigter Spekulant aus dem Karo-Viertel, der die Lama-Häuser immer noch verrotten läßt, wird wieder aktiv, nachdem es längere Zeit ruhig um ihn war: er ist (Mit-)Besitzer des Hauses Schulterblatt 10 geworden und plant dort u.a. den Ausbau des Dachgeschosses; doch wird dies sicher noch nicht alles sein, Möglichkeiten wie Mieterhöhung, Umwandlung in Eigentumswohnungen o.ä. sind ihm durchaus zuzutrauen; also Ohren und Augen auf



Stadtteilfest

Uns erreichte ein Zettel, mit dem "alle Interessierten an einem Stadtteilfest" zu einem ersten Treffen am 29.6., also nach Druck dieser Ausgabe, in die Rote Flora eingeladen wurden. Es wird sicherlich noch Folgetreffen geben, deren Termine in der Flora erfragt werden können oder evtl. dort aushängen.
Zur Information hier nochmal der vollständige Einladungstext:
Wir haben uns bisher schon einige Gedanken über ein grobes Konzept des Stadtteilfestes gemacht. So z.B., daß es gut wäre, das Fest dieses Jahr unter ein Motto zu stellen. Hier gibt es ein paar Ideen, die inhaltlich im Bezug zu den letzten politischen Beschlüssen aus Bonn stehen, die wir verurteilen und nicht akzeptieren wollen und denen wir vielleicht gemeinsam etwas entgegensetzen könnten.
Es wäre toll, wenn viele von euch kämen und wir über die Organisation und evtl. Bestimmung des Festes reden könnten.

Stadtteilplenum

Im trauten Kreis von 5 Personen trafen wir uns am 10.06. das letzte Mal zum STADTTEIL-PLENUM.
Es war schnell klar, daß wir so nicht weitermachen können. Da alle Gruppen und Vereine die Einladung bekommen haben müßten kann es also nicht an mangelnder Information liegen, daß dieses und die letzten Male so wenig Leute kamen.

In der Diskussion über mögliche Gründe dieses erneuten Abbröckelns des Stadtteilplenums wurden im wesentlichen folgende Aspekte beleuchtet:
- das Plenum wird von den meisten Gruppen als zusätzliche Belastung empfunden, ohne daß für ihre eigene Arbeit dabei genug bei rüberkommt
- viele Gruppen decken ihren Bedarf nach Vernetzung, Diskussion und Organisation über andere Strukturen ab - d.h. der Stadtteil ist nur selten direkter Bezugspunkt, es gibt kaum Gruppen, die eine breitere Organisierung von BewohnerInnen darstellen
- für brennende Themen (z.B. der Faschist Fiebig i.d. Juliusstr.) entwickeln sich in der Regel spontane Plenas z.B. i.d. Flora
- ein Plenum muß vorbereitet werden und bedarf der Impulse und Ideen der beteiligten Gruppen - bleibt dies aus, wird's langweilig

Trotzdem wird die Wichtigkeit stadtteilbezogener Organisierung und Diskussion immer wieder von allen betont.

Wir haben uns am 10.06. erstmal entschlossen, keinen neuen Termin für ein nächstes Stadtteilplenum festzulegen - möchten Euch aber bitten, Euren Bedarf bzw. Euer Interesse daran, mal zu beschnacken und vielleicht sogar schriftlich festzuhalten. Wenn Ihr das Ganze dann noch in einen Briefumschlag packt und an die

MieterInnen-Ini Schulterblatt
c/o Buchladen
Schulterblatt 55
2000 Hamburg 36

schickt, wären wir überglücklich !!!

Ansonsten denken wir, daß natürlich jede/r von uns ein Stadtteilplenum einberufen wird, wenn's im Bedarfsfall ansteht.
Der Verteiler ist über die "Autonomen Jugendwerkstätten" im Haus für Alle in der Amandastr. einzusehen.

Anbei findet Ihr noch ne andere Idee, die auf dem letzten Plenum angerissen wurde und die u.E. diskussionswürdig ist.

Wenn wir davon ausgehen, daß:

* viele Plenas daran scheitern, weil sie nicht oder ungenügend vorbereitet sind

* diese Arbeit von den beteiligten Gruppen wg. allgemeiner Überlastung nicht geleistet werden kann

* es oft an Detailinformationen fehlt (z.B. Recherchen bei Behörden und Firmen, Kontakte zu anderen Gruppen, Plenas, Stadtteilen usw., Straßeninterviews)

* Einladungen im allgemeinen Papierwust untergehen bzw. der persönliche Kontakt der Gruppen untereinander fehlt

* Informationen, Diskussionsergebnisse, Beschlüsse usw. verlorengehen, weil die Teilnahme oft nur sporadisch ist

wäre es da nicht naheliegend, daß

sich Menschen aus dem Stadtteil, d.h. Männer und Frauen, Eingeborene und MigrantInnen usw. zusammenfinden, um sich eben genau der oben genannten Aufgaben zu widmen und das als ihre politische Arbeit im Stadtteil verstehen. Es kann und soll dabei nicht um eine Professionalisierung politischer Arbeit gehen sondern es soll den hier arbeitenden Gruppen ihre Kontakte zueinander und die Zusammenarbeit erleichtern. Daß das Ganze `ne Menge Arbeit bedeutet ist allerdings auch klar, von daher sollte sie schon auf mindestes 10 Rücken verteilt werden.

Nun gut, wer sich darunter was vorstellen oder sich wohlmöglich sogar daran begeistern kann sollte `ne kurze Notiz im Fach der MieterInnen-Ini im Buchladen im Schulterblatt 55 hinterlassen.

Brammer kommt ? ... Nicht !
Was hat die STEG mit Mädchenausbildung und Autodealern zu tun ?

Vertrieben sind sie fast schon alle - die alte Frau Schmidt in ihrem selbstgebauten Häuschen am Bahndamm, die kleine Tankstelle, der Bäcker, der Imbiß, der Strumpfladen und diverse Kleinbetriebe im gelben Haus an der Max-Brauer-Allee. Die letzten, die Frauentischlerei der "Autonomen Jugendwerkst„tten" (AJW), müssen im September das Feld räumen, umverteilt in eine provisorische Halle neben die "Fabrik". Warum das Ganze ? Um Platz zu machen für einen Neubau der Fa. BRAMMER, seines Zeichens Dealer von Mercedes-Limousinen.
So hieß es jedenfalls bis vor kurzem - nach neuesten Gerüchten wird daraus nun wohl nichts mehr. Nichtsdestotrotz soll der, von der Bausubstanz noch weitestgehend intakte Gewerbebau im Herbst abgerissen werden. Angeblich, weil es einen anderen Autohändler gibt, der hier bauen will. Die Schweinerei dabei ist nicht nur, daß wir als BewohnerInnen des umliegenden Stadtteils seit nunmehr mehr als zwei Jahren hinters Licht geführt und über die wirklichen Planungen nicht informiert werden, sondern auch, daß entgegen zahlreicher Proteste fortgefahren wird, wertvollen Platz im Viertel an so unsinnige Einrichtungen wie weitere Autohäuser zu verdealen. Stattdessen wird z.B. der Bauspielplatz immer weiter verkleinert, wo sich MAZDA immer mehr vergrößert. Damit muß Schluß sein - wir fordern Bezirk, STEG, Liegenschaft usw. auf, ihre derzeitigen Planungen zu stoppen und der hiesigen Bevölkerung das Wort zu erteilen, denn es wird viel Platz gebraucht für Wohnungen, Turnhalle, Spielplatz, Kleingewerbe und soziale Einrichtungen.

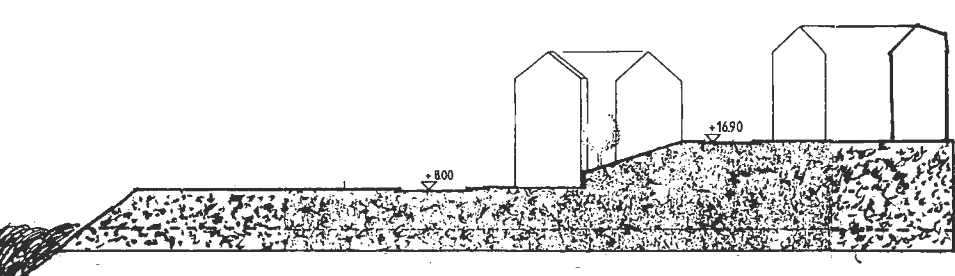
Interessant bei der ganzen Geschichte ist die Rolle der STEG: wie bekannt ist sie verantwortlicher Sanierungsträger f•r dieses Gebiet, damit dann auch verantwortlich für die Umsetzung der Frauenausbildungswerkstatt. Diese soll für ca. 2 Jahre in die erwähnte Halle nach Ottensen. Durch diverse Planungsfehler bzw. offensichtliche Unfähigkeit liegen die Baukosten für diese Halle inzwischen bei 700.000 DM. Dieses Geld soll AJW innerhalb der 2 Jahre als Miete reinspielen, d.h. ca. 30.000 DM im Monat. Da AJW über keine eigenen Gelder verfügt, geht diese Ausgabe zu Lasten des Amtes f•r Jugend, d.h. es wird faktisch aus dem Topf für überbetriebliche Ausbildung geklaut. Kürzungen bei Ausbildungsmaterial, Stellen oder sozialen Maßnahmen der entsprechenden Einrichtungen werden die Folge sein.

Vielen Dank liebe STEG
die MieterInnen-Ini Schulterblatt



"Bewegung am 2. Juni"
anläßlich der Morde von Solingen gab es auch in Hamburg Demonstrationen, in deren Verlauf es am 2. Juni im Schanzenviertel zu Auseinandersetzungen mit den Bullen kam

Im April 93 wurde nach Meinung der Hardliner im Senat, Bürgerschaft und sonstwo das letzte Kapitel in Sachen Hafenstr. geschrieben - das OLG Hamburg traf die für untergeordnete Instanzen bindende Entscheidung, daß kein Mietschutz für die BewohnerInnen gilt.
Am 26. April wurde im Schmidt's Tivoli die Genossenschaft "St.Pauli Hafenstr." gegründet. Erklärtes Ziel: Übernahme der Hafenstr.-Häuser von der Hafenrand GmbH und Errichtung eines Neubaus auf dem ehemaligen Bauwagengelände.





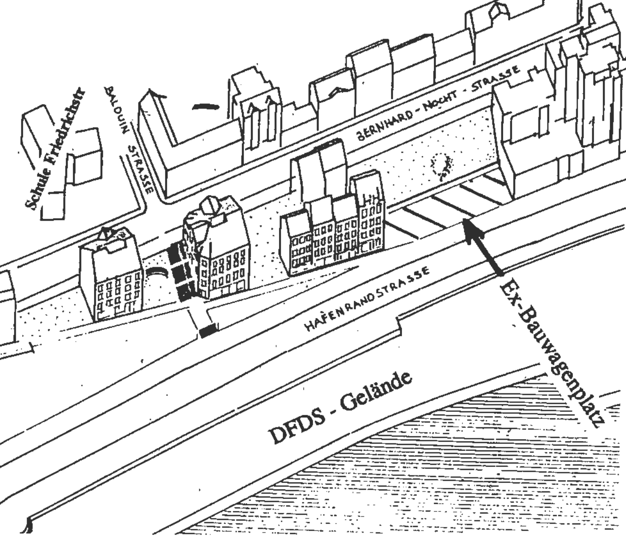
St.Pauli-Süd/Hafenstr. im Visier der Senatsplaner

Seit Jahren versucht der Senat die Bedingungen für eine maximale kapitalistische Verwertung der Elbufermeile zwischen Neumühlen und Kehrwiederspitze zu schaffen. Eck- und Mittelpunkte dabei:
- Landungsbrücken und das DFDS-Gelände direkt gegenüber der Hafenstr.
Geplant: eine Tourismus- und Konsummaschine (ca. 400 Mio Bausumme) mit Großraumkinos, Hotels, Diskotheken, Aquarien und Shoppingmöglichkeiten - die Verlängerung der Reeperbahn zur Elbe mit anderen Mitteln.
- Millerntor
Zwar nicht in direkter Linie, aber unmittelbarer Nähe: ein 11-geschossiger Bürobau mit Shopping, Restaurants etc.
- Hafenrand
Abriß der Hafenstr. und Errichtung von ca. 200 Sozialwohnungen an selbiger Stelle und auf dem ehemaligen Bauwagengelände (d.h. zwischen St.Pauli Hafenstr.108 und dem SAGA-Bau, auch "affenfelsen" genannt).
- Geldhahn zudrehen
St.Pauli-Süd wurde aus dem SPD-Programm "soziale Brennpunkte" herausgeschmissen, obwohl im Viertel überdurchschnittlich viel SozialhilfeempfängerInnen, Arbeitslose und Flüchtlingsfamilien leben. D.h., keine zusätzlichen Gelder von der Stadt für die Verbesserung der Lebensbedingungen, für zusätzliche Sozialeinrichtungen usw..

Der Ende März im Senat verabschiedete Bebauungsplan 35 St.Pauli-Süd sieht das Areal des ehemaligen Bauwagengeländes als Wohngebiet vor, auf dem die Hafenrand GmbH zunächst 70, dann später weitere 130 Wohnungen errichten soll. Baubeginn für die 70 Wohnungen soll im Spätsommer sein, Räumung und Abriß sollen bis Ende des Jahres über die Bühne gehen. Was noch fehlte, die sog. "rechtsstaatliche" Absicherung wurde (prompt) vom OLG Hamburg geliefert. Auch wenn es juristisch erst nach den Gerichtsferien weitergeht, also Ende September/Anfang Oktober, so kann keine grundsätzliche juristische Wende mehr erwartet werden.
Zynischerweise wurde es aus SPD-Kreisen der Hafenstr. als Verdienst angerechnet, daß hier überhaupt Sozialwohnungen entstehen sollen. Die SPD scheint lieber auf die bewährte Strategie a la Florapark zu setzen, d.h., Mißbrauch des sozialen Wohnungsbaus als Waffe gegen andere Vorstellungen von Leben und Wohnen. Sozialer Wohnungsbau ? Das kann auch heißen: Erst "Trockenwohnen" und nach Ablauf der sozialen Bindung (i.d.R. nach 12 Jahren) lukrative Vermietung und/oder Umwandlung.
Die Pläne der Stadt machen eines ganz deutlich: Die meisten in St.Pauli-Süd lebenden Menschen - und nicht nur die BewohnnerInnen der Hafenstr. - sind in den Zukunftsvisionen der Senatsplaner nicht mehr vorgesehen, werden von der herrschenden Politik abgeschrieben.
Wahltaktisch ist das Viertel für die SPD "No go area"; die eine Hälfte ist nicht wahlberechtigt (AusländerInnen), die andere nicht "wahlwillig", votierte nur noch jede/r 5. für eine der etablierten Parteien.

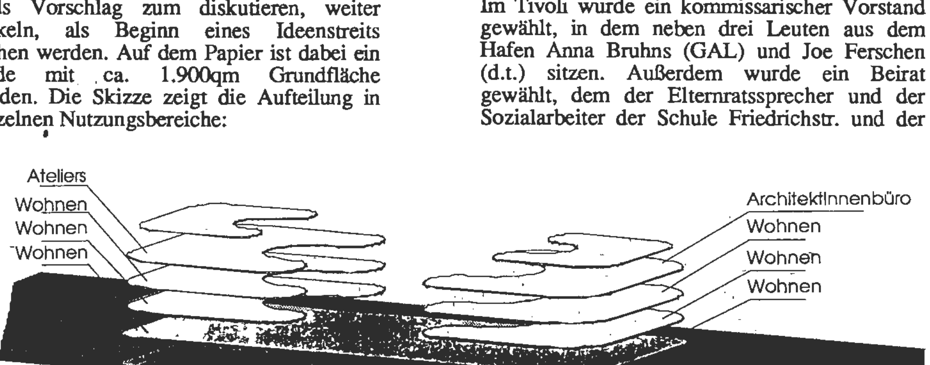
St.Pauli-Süd - die konstruktive Alternative "von unten"

"Es gibt für uns keine denkbare Alternative zur Hafenstr.
Wir öffnen uns jetzt, wir wollen gegen die Resignation angehen und für eine Lösung kämpfen, die hier von den Menschen im Stadtteil ausgeht und wo wir als Teil darin enthalten sind. Das heißt eine konstruktive Alternative "von unten" gegen die "Hanse-Disney auf Euro-Pauli"-Pläne des Senats zu setzen...." (aus dem Redebeitrag der Hafenstr. im Tivoli).
Es geht also darum, wessen Bau-, Gestaltungs- und Lebensvorstellungen sich durchsetzen. Die Pläne der Stadt sind dabei klar, aber es wird ein schwieriger und spannender Prozeß werden, die Vorstellungen der Menschen in St.Pauli-Süd zu ermitteln, zu diskutieren und zu formulieren.
Konkrete Vorstellungen gibt es bis jetzt zwei:
Von einigen Leuten aus der Hafenstr. und dem Hafenrandverein wurde ein Konzept für das Gelände zwischen St.Pauli Hafenstr. 108 und dem SAGA-Bau erstellt. Es sieht die Errichtung eines Neubaus zur Wohn- und vielfältigen "öffentlichen" Nutzung vor unter Einbeziehung dringender Gemeinbedürfnisse (Kindertagesstätte, Stadtteilkantine, Badehaus usw.). Die Schule Friedrichstr. möchte Ganztagsschule werden und muß sich baulich erweitern. Nachdem die Stadtentwicklungsbehörde (Steb) dies abgelehnt hat, plant der Elternrat, die Lehrkräfte und die Direktorin in Eigenregie die Bernhard-Nocht-Str. ab Balduinstr zu verkehrsberuhigen, den Schulhof dorthin auszuweiten und auf der Seite der Hafenstr. noch ein Schulgebäude zu errichten.
Damit die konstruktive Alternative von unten nicht zur Phrase wird, hat die Baugruppe Hafenstr. und der Hafenrandverein ein 4-seitiges Flugblatt mit Fragebogen (siehe Kasten) im Quartier verteilt. Damit soll den BewohnerInnen eine erste Möglichkeit gegeben werden, ihre Meinungen, Vorstellungen und Wünsche zur Entwicklung in St.Pauli-Süd und zum Neubauprojekt zu äußern. Auf dem Flugblatt wird außerdem zu einem "Sommerforum" eingeladen. Auf dem Sommerforum (7/7 - 10/7 in der Schule Friedrichstr.) wird es darum gehen, "daß Betroffenen, BewohnerInnen, Interessierte ihren Stadtteil und LEBENSRAUM gemeinsam definieren und nach ihren Bedürfnissen verändern und gestalten, Konzepte entwickeln, was sie und der Stadtteil braucht - entgegen der Planungsstruktur von oben.(...) Insofern sollte das Forum als Auftakt zu einer längerfristigen städtebaulichen Planung der BewohnerInnen selbst gesehen werden.(...)" (Flugblatt zum Sommerforum).
"Es geht darum, wer im Viertel das Sagen hat ...", so Hackmann nach der Florapark-Räumung, deshalb auch die stereotypen Reaktionen: "Regierungsfraktion und Senat haben beschlossen: Das Projekt Hafenstr. wird beendet" (HA,26/3/93). Hafenstr. gescheitert, Chance vertan, geredet wird mit niemanden - so oder ähnlich klingt es aus dem Rathaus, obwohl es sich doch manchmal auch so anders anhört (obwohl es schon in diversen Zeitungen stand, konnten wir es uns nicht verkneifen, noch einmal Traute Müller zu zitieren:*"Wir wollen zurück zu einer lebendigen gemischt genutzten Stadt.(...) Diese Perspektive wird für die Zukunft entscheidend sein, denn die Menschen wollen sich einmischen. Gleichwohl bedarf es des Dialogs, um unterschiedliche Interessen auszubalancieren (...)".* (aus "Strategien der Stadtentwicklung in europäischen Metropolen")
Die neueste (alte) Variante von Hackmann: "Er befürchtet, daß die RAF auf eine Räumung der Häuser mit Vergeltungsschlägen reagieren wird" (Mopo 17/6/93).



Der Neubau, das Konzept

Ein wichtiger Punkt in der Alternative von unten ist zweifellos der Neubau. Die Idee einer Bebauung entstand schon nach der Räumung des Bauwagenplatzes im April `89. Nach der Räumung wurde es eng im Hafen, daß große Zelt konnte nicht mehr aufgebaut werden, d.h. kein großer Raum mehr, in der Hafenstr. wollen mehr Menschen wohnen als Platz da ist, Arbeiten und Wohnen sollen näher zusammenrücken. Auch die Vokü, die schon seit Jahren regelmäßig für Be- und AnwohnerInnen kocht, möchte größere, geeignetere Räumlichkeiten. Das Störtebeker, das Ahoi und die Vokü platzen teilweise aus allen Nähten, wenn Veranstaltungen oder Konzerte stattfinden.
Im März diesen Jahres veröffentlichte die Baugruppe Hafenstr. eine Broschüre mit ihrem Konzept zum Neubauprojekt. Dieses Konzept soll als Vorschlag zum diskutieren, weiter entwickeln, als Beginn eines Ideenstreits angesehen werden. Auf dem Papier ist dabei ein Gebäude mit ca. 1.900qm Grundfläche entstanden. Die Skizze zeigt die Aufteilung in die einzelnen Nutzungsbereiche:



Stadtteilhalle:
variable Nutzung für Treffen, Versammlungen Feste, Ausstellungen, Konzerte, Theater, Tanzen, Gymnastik, Kinderspielraum etc.
Stadtteilkantine/Volxküche:
täglich mittags und abends gutes (?) vollwertiges Essen gegen geringen Kostenbeitrag für Be- und AnwohnerInnen und somit auch als Treffpunkt gedacht.
Kindertagesstätte:
Ansatz für generationsübergreifendes Leben und Wohnen. Außerdem dringend benötigt. Trotz der von der AnwohnerInnen-Initiative Pepermöhlenbek geplanten Kita dürfte der Bedarf weit höher liegen.
Bade- und Waschhaus
In St.Pauli gibt es nach wie vor viele Wohnungen ohne Dusche und Bad bzw. viele Menschen ohne Wohnung. Zur Entspannung ist eine Sauna geplant.
Meditations-, Gymnastik-, Sport- und Musikübungsräume:
Die einzige Turnhalle des Viertels ist dem Bedarf schon lange nicht mehr gewachsen. Musikübungsräume werden immer gebraucht.
Gewerbe:
Wohnen und Arbeiten zusammen - der alte Traum von der Aufhebung der Trennung zwischen Wohnen und Arbeit und Freizeit(?). Z.B. können die Kids mal gucken wie gedruckt wird. Geplant: Druckerei, das Taxi, Stattauto usw.
Wer einmal im Neubau wohnen wird (so es denn einmal dazu kommen möge) ist noch völlig offen. Geplant und gewollt ist jedenfalls nicht, daß dort nur HafenstrassenfreundInnen bzw. Scene wohnt. Im Rahmen der Fragebogenaktion wurde daher auch explizit danach gefragt.

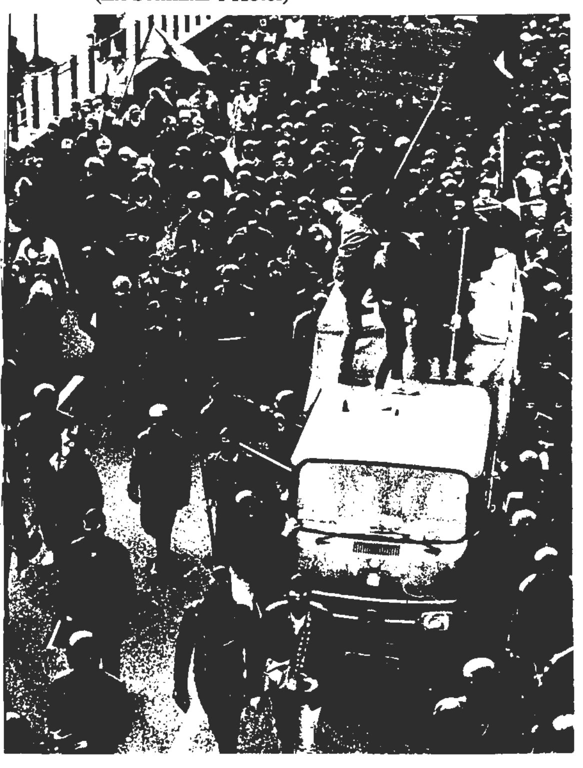
Die Genossenschaft

Die Genossenschaft wurde am 26/4 im Schmidt`s Tivoli gegründet Sie hat u.a. folgende Ziele formuliert:
- Übernahme der alten Hafenstraßenhäuser von der Hafenrand GmbH, d.h. Überschreibung des gesamten Areals und der Häuser gegen einen symbolischen Betrag.
- Finanzierung des Neubaus. Finanziell handlungsfähig wird die Genossenschaft, wenn 10% der kalkulierten Bausumme als Eigenkapital vorhanden sind. Die Bausumme kann zwischen ca. 5 und 10 Million DM liegen. Dann kann die Genossenschaft den notwendigen Kredit bei einer Bank aufnehmen.
- die Genossenschaft bietet die Möglichkeit viele Menschen in Entscheidungsstrukturen einzubinden. Der Mindestbeitrag liegt bei 100DM und es gilt das Prinzip "one nose, one vote".
Im Tivoli wurde ein kommissarischer Vorstand gewählt, in dem neben drei Leuten aus dem Hafen Anna Bruhns (GAL) und Joe Ferschen (d.t.) sitzen. Außerdem wurde ein Beirat gewählt, dem der Elternratssprecher und der Sozialarbeiter der Schule Friedrichstr. und der Ex-Pastor von St.Pauli-Süd Justus Freitag angehören.
Die Satzung der Genossenschaft wurde noch nicht verabschiedet, die Diskussion darüber ist aber ständig im Gange. Auf der am 28/6, wieder im Tivoli stattfindenden, ersten "ordentlichen" Mitgliederversammlung soll im großen Rahmen u.a. darüber diskutiert werden, wie die gemeinsamen politischen Ziele aussehen sollen, wie sie zu erreichen sind, welche Entscheidungsbefugnisse die GenossInnen haben, wer wen wie kontrolliert usw. Viele Erfahrungen in die Genossenschaft werden von "das Taxi" einfliessen, da "dt" selbst Nutzerin im Neubau werden möchte und über einen jetzt siebenjährigen(?) Erfahrungsschatz in Sachen Genossenschaft verfügt.
Ob die Genossenschaft jemals soviel Geld aufbringen wird, daß mit einer konkreten Planung angefangen werden kann, steht noch in den Sternen. Zur Zeit gibt es ca. 300 GenossInnen, die ungefähr 100.000 DM eingezahlt haben (Stand: 14/6).

Zum Schluß

Es liegt auf der Hand, daß sämtliche Vorstellungen "von unten" schwieriger zu realisieren werden, wenn im Spätsommer Dierksen's Hafenrand GmbH zu bauen beginnt. Dieser Baubeginn muß verhindert werden, es muß mindestens ein Planungsstop bis zum Frühjahr durchgesetzt werden.
Trotz Neuwahl im September und Meinungsumfragen sollten nicht allzuviele Hoffnungen auf "rot/grün" gesetzt werden. 1. kann der Baubeginn schon vor der Wahl sein, 2. ist es nicht abzusehen, in wieweit die Hafenstr. nicht doch Verhandlungsmasse sein wird.
Auch die Genossenschaft kann nur ein Teil zur Durchsetzung sein. Sie kann Teil einer realistischen Perspektive für die "alten" Häuser und evtl. für den Neubau sein, daß hängt natürlich von dem (Beitritts-) Willen der Menschen ab. Letztendlich wird wohl nur vielfältiger Druck auf allen Ebenen und der Wille der Menschen in St.Pauli-Süd, eine konstruktive Alternative von unten zu schaffen, die Senatsplaner davon abbringen, ihre Pläne umzusetzen.
Wir empfehlen: Werdet GenossIn !

Infos:
Cafe "Tante Hermine", Hafenstr. 108
Genossenschaftsbüro, Bernhard-Nocht-Str. 24 (Ex Schmaal`s Hotel)



BEITRITTSERKLÄRUNG

zur GENOSSENSCHAFT ST. PAULI HAFENSTRAßE

Ich will Mitglied der Genossenschaft St. Pauli Hafenstr. werden und beantrage hiermit die Aufnahme in die Genossenschaft. Die Satzung der Genossenschaft und die sich aus Satzung und Gesetz ergebenden Verpflichtungen erkenne ich an.
Mir ist die Satzung bekannt.

Name
Vorname
Adresse
Telefon
Beruf / Funktion

Der Vorstand wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Aufsichtsrat Satzungsänderungen zu beschließen. Dafür ist für beide Gremien Einstimmigkeit erforderlich. Diese Ermächtigung gilt nur für die Gründungsphase bis zur Eintragung in das Genossenschaftsregister. Sie gilt nicht für eine Änderung der Ziele der Genossenschaft.

Ich zeichne 1 Genossenschaftsanteil zu 100.- DM.
Ich zeichne Genossenschaftsanteile = ...- DM

Ich überweise. ☐
Vorläufiges Konto: 'Viva St. Pauli Initiative',
Stichwort: Genossenschaft
Hamburger Bank, Blz: 201 900 03, Kto: 1214 1127.

Ich zahle bar. ☐

Ich lege einen Scheck bei. ☐

Unterschrift Ort Datum

Zuschriften an: Baugruppe Hafenstraße, St. Pauli Hafenstr. 116, 2000 Hamburg 36
Spenden an: 'Viva St. Pauli Initiative', Stichwort: Genossenschaft,
Hamburger Bank, Blz. 201 900 03, Kto. 12 14 11 00

FRAGEBOGEN

Was fehlt besonders im Viertel? Was **brennt Euch unter den Nägeln**, wenn Ihr an St.Pauli Süd denkt? Was muß sich dringend ändern?

Wie sieht deine **eigene Wohnsituation** aus? Gibt es Mieterhöhungen? Wird die Wohnung in eine Eigentumswohnung umgewandelt, gibt es Luxus-Sanierung, wird sie verkauft? Wie würdest Du gerne wohnen?

Wie kannst Du Dir eine **Beteiligung an den Planungen** für den Neubau auf dem ehemaligen Bauwagenplatz neben der St.Pauli Hafenstr.108 vorstellen?

Was hast Du für **Ideen für die Bebauung** des Platzes?
Oder hast Du ganz andere **Fragen** an uns?

Bist Du für **Dich selber** an dem Neubau interessiert - entweder zum Wohnen oder für eine andere Nutzung ? Und wenn ja, welche ?

Wohnungslosigkeit

Kaum „Solidarität mit Obdachlosen": Nur wenige legten sich auf die Straße

Die "Nacht der Wohnungslosen"

Am 25./26.6.93 fand auch in Hamburg, wie in fast 100 deutschen Städten, auf dem Gerhart-Hauptmann-Platz die "Nacht der Wohnungslosen" im Rahmen des sog. Euro-Sleep-Outs statt; für dasselbe Wochenende wurden solche Aktionen auch in England und Irland organisiert, weitere in Europa werden bis Oktober noch folgen.
Ziel dieser Aktion war es einerseits, auch z.B. im Sommer die Problematik Wohnungsnot und Obdachlosigkeit in die Köpfe zurückzuholen; im Winter, wenn es die ersten erfrorenen Wohnungslosen entweder gab oder zu befürchten waren, war die "Betroffenheit" bei den verantwortlichen PolitikerInnen immer sehr groß, es gab Aufrufe, Kirchen, U-Bahnhöfe u.ä. zu öffnen, aber an der Situation änderte sich nichts. Andererseits sollten über diese Aktion auch zielgerichtet Spenden für bestimmte Wohnungslosen-Projekte gesammelt werden.
Ein breites Bündnis, von Wohnungsloseninitiativen und -beratungsstellen über Mietervereine bis zu Gewerkschaften und einer Partei (GAL) hatten dazu aufgerufen. Im Gegensatz zu den letzten zwei Demos gegen Wohnungsnot und Wohnungslosigkeit (Dezember '89, Juni '90) waren hierbei allerdings keine Häusergruppen, Bauwagen-Menschen, HausbesetzerInnen usw. beteiligt. Insofern blieben Betroffene, SozialarbeiterInnen und vereinzelte Interessierte weitgehend unter sich und dies war nicht nur auf das Wetter zurückzuführen; so waren nur ca. 200 bis 300 Menschen an dem Freitag auf dem Gerhart-Hauptmann-Platz und auch das angekündigte, symbolische "gemeinsam Platte machen" von Wohnungslosen und sog. Prominenten fiel zahlenmäßig eher gering aus.
Es ist sicher illusorisch, jetzt eine Verbesserung der Situation der Wohnungslosen zu erwarten, die Bekämpfung und Verdrängung der Armen, und nicht die der Armut, wird weitergehen (z.B. geplante Kürzungen bei Arbeitslosengeld und -hilfe sowie bei der Sozialhilfe).
Deshalb im folgenden neuere Zahlen, die das Ausmaß der Wohnungsnot verdeutlichen.



Wohnungslosigkeit in Hamburg

Auch in Hamburg stieg die Zahl der Wohnungslosen in den letzten Jahren weiter an; schon 1989 wurde vom GEWOS-Institut die Zahl derjenigen, die potentiell von Wohnungslosigkeit bedroht sind (d.h. sie befinden sich im unteren Einkommensdrittel und müssen 30% und mehr ihres Einkommens für die Miete aufbringen), mit 325.000 angegeben. Hinzu kommt, daß seit einigen Jahren auch immer mehr Menschen aus der sog. Mittelschicht nicht von Wohnungslosigkeit verschont blieben aufgrund von Arbeitslosigkeit, Trennung o.ä.
Ende 1992 waren bereits ca. 80.000 Menschen in Hamburg wohnungslos; diese leben in staatlichen Heimen und Unterkünften, in Hotels und Billigpensionen, in Containern oder Holzhäusern, auf Wohnschiffen oder in Bauwagen und auf der Straße,

Wohnungen in Hamburg

Mitte der 80er Jahre wurde in Hamburg das Wohnungsbauprogramm stetig gesenkt, bis es 1988 auf stolze 200 geplante Sozialwohnungen kam. Ab 1989 wurde der Neubau ein wenig angekurbelt; aus den Programmen von 1989 bis 1992 sind allerdings von 17.200 geplanten Wohnungen erst 8.675 fertiggestellt (Stand 2.2.1993), wobei zu bedenken ist, daß hierin auch die geförderten Eigentumsmaßnahmen (also Eigentumswohnungen und sog. Eigenheime) enthalten sind. Zudem sind die ca. 5.000 fertiggestellten Sozialmietwohnungen mit einer Miete von DM 8,60/m² brutto-kalt ziemlich teuer und übersteigen auch oft die durch die Sozialhilfe festgelegten Mietobergrenzen.
Diesen Zahlen müssen allerdings dann die Wohnungen gegenübergestellt werden, die vom Wohnungsmarkt "verschwinden"; diese Zahl beläuft sich auf jährlich 2.000 bis 4.000 Wohnungen, die teils durch Abriß, Zweckentfremdung und Zusammenlegung wegfallen, teils aber durch die Umwandlung in Eigentumswohnungen zwar nicht dem Wohnungsmarkt, aber doch dem Teilmarkt der relativ preisgünstigen Wohnungen entzogen werden.
Weiterhin muß dann auch die Bevölkerungsentwicklung mit einbezogen werden: lt. Volkszählung von 1987 betrug die Zahl der Bevölkerung 1,59 Mio., Ende 1991 waren es bereits 1,668 Mio. Menschen; von diesem Zuwachs ausgehend kann für das Jahr 2000 mit einer Zahl von 1,908 Mio. Menschen in Hamburg ausgegangen werden.
Interessant ist weiter auch die Gegenüberstellung der Zahl der Haushalte mit der Wohnungen.

Was wird in Hamburg getan gegen Wohnungslosigkeit?

Nach wie vor gibt es in Hamburg in den Bezirken die Beratungsstellen für alleinstehende Wohnungslose. Neu eingerichtet wurden - als Modell - sog. "Bezirksstellen zur Wohnungssicherung" in den Bezirken Mitte und Harburg (für 1993 ist beschlossen worden, auch in den anderen Bezirken solche Stellen einzurichten); diese sind das Ergebnis einer halbherzigen Umsetzung eines vom Arbeitskreis Wohnraumversorgung (Mitglieder sind Beratungsstellen, Einrichtungen für Wohnungslose, aber auch Institute und Wohlfahrtsvereine) erstellten Konzepts zur Verhinderung von Wohnungslosigkeit, zu dem u.a. auch die Abschaffung aller Provisorien wie z.B. Wohnheime, Pensionsunterbringung etc. und auch die Kooperation mit der Wohnungswirtschaft (mehr Wohnungen!) gehören.
Nur der Teil der Verhinderung wurde von der Sozialbehörde übernommen; dies bedeutet, daß bei Mietschuldenklagen die Amtsgerichte Nachricht an die Bezirksstellen geben, die dann, möglichst auch mit Hausbesuchen, Kontakt mit den Betroffenen aufnehmen; i.d.R. werden die Mietschulden dann übernommen. Doch gibt es (auch dort) zu wenig Stellen, um den ganzen Bezirksamtsbereich zu bearbeiten. Andere Probleme, die eng mit drohendem Wohnungsverlust zusammenhängen, werden weiter wegdelegiert; z.B. bei sonstigen Schulden wird wie früher an die Schuldnerberatungsstellen bzw. deren Warteschlangen verwiesen.
Auch die sog. Kontingentwohnungen, d.h. es werden der Sozialbehörde von Wohnungsunternehmen Wohnungen für Wohnungslose zur Verfügung gestellt, sind nicht der Weisheit letzter Schluß, denn dadurch werden ja auch keine neuen Wohnungen geschaffen. Zudem gibt es in Hamburg gerade 'mal 200 solcher Kontingentwohnungen.

Schluß

"Bund, Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände haben den Wohnungsbau unter besonderer Bevorzugung des Baues von Wohnungen, die nach Größe, Ausstattung und Miete oder Belastung für breite Schichten des Volkes bestimmt und geeignet sind (sozialer Wohnungsbau), als vordringliche Aufgabe zu fördern." (II. Wohnungsbaugesetz, § 1, Abs. 1)
Die Ideologie "der Markt wird's schon richten" ist dagegen nach wir vor die herrschende Linie, die Wohnungsnot der "Randgruppen" wird vielmehr auf die Sozialarbeit abgeschoben, die wiederum nicht in den Markt eingreifen kann, es bleibt Ausgrenzung und Armutsverwaltung.

Jahr	Haushalte	Wohnungen	Defizit
1987	827.300	780.545	46.755
1989	888.700	787.258	101.442
1991	867.600	793.400	74.200

Daß in 1991 plötzlich weniger Haushalte vorhanden sind, läßt auf eine Schönung der Statistiken schließen (ähnlich die z.B. der Arbeitslosen), die offizielle Begründung sagt, daß die Untermiethaushalte nicht mehr mitgezählt worden seien. Aber auch dann ist das Defizit an Wohnungen noch riesig groß, zumal wenn mensch bedenkt, daß doch viele "gezwungenermaßen" beengt zusammenleben müssen, weil sie keine eigene Wohnung bekommen.
Dies wird auch deutlich durch die Versorgung von Wohnungssuchenden mit einer Wohnung, die einen §5- oder einen Dringlichkeitsschein haben: in den letzten drei Jahren bekamen 3/4 der §5-Schein-InhaberInnen und 1/3 der Menschen mit Dringlichkeitsschein keine Wohnung!



Selbstverständnis

Die politischen Auseinandersetzungen der vergangenen 20 Jahre haben eine intensive Aufarbeitung relevanter Themenkomplexe zur Grundlage gehabt oder zu einer solchen Aufarbeitung geführt. Zu fast allen Themen und Bereichen gibt/gab es mehr oder weniger private Materialsammlungen und Archive, die aber in der Regel nicht öffentlich zugänglich waren und oft verlorengingen, wenn Bewegungen und Gruppen sich auflösten. Das Archiv der Sozialen Bewegungen will die Kontinuität linker politischer Bewegungen dokumentieren und Materialsammlungen möglichst umfassend aufbereiten. Damit sollen aktuelle und zukünftige theoretische Arbeiten und praktische Auseinandersetzungen ermöglicht und zugänglich gemacht werden.
Wichtig ist uns dabei, die Vielfalt und Kontinuität von Protest, Widerstand und Alltag zu dokumentieren, als Grundlage für ein Geschichtsbewußtsein. Denn immer wieder zeigt sich, daß Geschichte von Protest und Widerstand vergessen, unterdrückt oder geleugnet wird. Wir wollen eine Möglichkeit bieten, sich selbst ein Bild zu machen, von gemachten Erfahrungen zu lernen, von gestellten Fragen und ihren Antworten, von anderen Formen politischer Kämpfe und Auseinandersetzungen hier und in anderen Ländern, um damit die eigenen Formen und Sichtweisen in Frage zu stellen und zu erweitern.

Was sammeln wir ?

Der Archivbestand umfaßt in der Hauptsache Stadtzeitungen, Zeitschriften, Broschüren, Papiere und Flugblätter der letzten 20 Jahre.
Der Bestand setzt sich aus einer Reihe von ehemaligen Privatsammlungen und den Archiven einzelner Gruppen zusammen und wird laufend ergänzt und ausgebaut. Wir haben eine Archivsystematik erarbeitet, die sich zur Zeit in 28 Bereiche gliedert, so z.B. Stadtteilentwicklung, Repression, Frauen-Lesben, Antirassismus, Internationale Solidarität ...
Regelmäßig beziehen wir über 160 Zeitungen und Zeitschriften als Freiabos. Aktuelle Broschüren und Dokumentationen werden uns ebenfalls kostenlos direkt von den HerausgeberInnen oder vom Infoladen Schwarzmarkt zur Verfügung gestellt. Zu

DAS ARCHIV DER SOZIALEN BEWEGUNGEN HAMBURG

verschiedenen aktuellen Themen erfolgt eine gezielte Presseauswertung. Der Spiegel, Freitag, Taz und die Hamburger Rundschau werden zunächst komplett aufbewahrt.
Seit 1992 geben wir quartalsweise die Hamburger Flugblatt- und Info-Sammlung (FLUGIS) heraus, die die Veröffentlichungen der Sozialen Bewegungen in Hamburg dokumentiert.
Das PLAKAT-ARCHIV umfaßt derzeit 600 Plakate, die nach Abprache für Ausstellungen u.ä. auch ausgeliehen werden können.
Außerdem gibt es eine Postkarten-, Anstecker- und Aufklebersammlung.
Da auch das **FOTO-ARCHIV-KOLLEKTIV** seine Arbeit in unsere Räume verlegt, ist zusätzlich auch Fotomaterial zu vielen Bereichen erhältlich. Während der Öffnungszeiten kann das Material eingesehen und es können Bestellungen abgegeben werden. Wir hoffen, damit einen ersten Schritt in Richtung zu einem nichtkommerziellen Medienprojekt zu machen, um so Gegenöffentlichkeit zu der kontrolliert einseitigen Berichterstattung der herrschenden Medien zu schaffen.

Nutzung des Archivs

Das Spektrum der NutzerInnen reicht von Initiativen und Gruppen, die Veranstaltungen vorbereiten oder Dokumentationen erarbeiten, über SchülerInnen und StudentInnen, die Materialien für Referate und Hausarbeiten suchen, bis zu JournalistInnen, die an Artikeln arbeiten, oder eben Leuten, die sich einfach nur so informieren wollen.
Das Archiv kann während unserer Öffnungszeiten (Mo. + Mi. von 16-19 Uhr) genutzt werden.
Archivmaterialien leihen wir grundsätzlich nicht aus, sie können hier aber gegen Entgelt kopiert werden.
Außerdem stehen Arbeitsplätze zur Verfügung, und bei der Recherche sind wir gern behilflich.

Warum wir in der Roten Flora sind

Das Archiv der Sozialen Bewegungen Hamburg wurde 1989 gegründet. Im Sommer 1989 sind wir in die Thadenstr. 130a gezogen. Zusammen mit dem Medien-Pädagogik-Zentrum(MPZ) und der Hamburger Studienbibliothek entstand hier ein unabhängiges Zentrum für Information, Dokumentation und Gegenöffentlichkeit, das nicht nur für den Stadtteil Altona/St. Pauli, sondern für Hamburg insgesamt von Bedeutung war. Die Zusammensetzung von Videowerkstatt, Bücherei und Archiv hat vielen Menschen die Materialsuche erleichtert.
Doch im Sommer 1992 kam die Kündigung der Deutschen Immobilienverwaltung(DIV) zwecks Sanierung.
Verhandlungen über einen Verbleib der Projekte in der Thadenstraße scheiterten an den Profitinteressen der DIV und der mangelnden Bereitschaft der Stadt (STEB/STEG), das Medienzentrum zu erhalten.
Aufgrund des Umstandes, daß für nicht-kommerzielle Projekte auf dem sog. freien Gewerbemietmarkt kaum bezahlbare Raumangebote (mit entsprechender Größe) zu finden sind, mußten die Projekte der Hinterhofgemeinschaft Thadenstraße nach Einzellösungen suchen.
Die Rote Flora ist eine wichtige politisch-kulturelle Einrichtung im Schanzenviertel, die vielen Gruppen und Projekten Möglichkeiten für ihre Arbeit durch entsprechenden Raum und niedrige Miete bietet. Das Archiv versteht sich selbst als Teil der Sozialen Bewegungen, die die Flora tragen, und will im Rahmen der Flora und darüberhinaus seine Arbeit weiterentwickeln.
Doch die Planungen des Hamburger Senats, in diesem Stadtteilkulturzentrum eine Kindertagesstätte einzurichten, würden die politischen und kulturellen Aktivitäten in der Roten Flora extrem beschränken bzw. unmöglich machen.

Die Finanzierung des Archivs

Die laufenden Kosten werden durch Spenden von Gruppen und Einzelpersonen getragen. Wir wollen versuchen, dies auch weiterhin so zu handhaben, um ohne staatliche Gelder und ihre Folgen auszukommen. Wesentliche Voraussetzung dafür ist, daß uns auch in Zukunft Räumlichkeiten zu geringer Miete zur Verfügung stehen.
Darüberhinaus sind wir weiter auf Spenden angewiesen: Konto-Nr. 1250/ 123112 Haspa BLZ 200 505 50 RA A. Beuth, Stichwort: "Anderkonto Archiv".

Für eine starke Gegenöffentlichkeit

Die Brandstifter sitzen in den Regierungsetagen

Diese Parole hat man in den letzten Monaten immer wieder gesehen und gehört. Zu Recht! Sie peitschen ein Gesetz nach dem anderen durch, das es Ausländern fast unmöglich macht, in diesem Land Zuflucht vor Hunger, Folter und Verfolgung zu finden. Diejenigen, die es überhaupt schafften, die Grenzen zu überwinden, werden unter unmenschlichen Bedingungen in Containerlagern zusammengepfercht, bis über ihren Asylantrag (zu über 90% negativ) entschieden wird.

Die Beihelfer sitzen in den Redaktionsstuben

Dieselben Medien, die heute mit scheinheiligem Mitgefühl den Angehörigen der Opfer von Mölln und Solingen auf die Pelle rücken, schüren auf der nächsten Seite die rassistische Glut mit Artikeln wie z.B. über angeblich horrende Kosten für Unterbringung von Flüchtlingen, drogendealenden Kurden oder diebischen Roma. Daß das alles Resultat der gesellschaftlichen Bedingungen ist, die z.T. brutale Überlebenskämpfe produzieren, wird ausgeblendet.

Gegenöffentlichkeit ist notwendig

Ebenso wichtig wie durch Aktionen und Demos den Faschisten und dem rassistischen Klima etwas entgegenzusetzen ist es, mit Veranstaltungen, Flugblättern, Plakaten, Zeitungen und Broschüren eine vielfältige Gegenöffentlichkeit zu schaffen.



Fotos für den Widerstand

Das Foto-Archiv-Kollektiv hat es sich zur Aufgabe gemacht, Fotos aus den unterschiedlichsten Bereichen für eine nichtkommerzielle Gegenöffentlichkeit zur Verfügung zu stellen.
Das Foto-Archiv-Kollektiv lebt mit der Widerstandsbewegung. Wir sind gemeinsam mit dem Archiv der sozialen Bewegungen in die ROTE FLORA eingezogen, um gut erreichbar zu sein aber auch, um dieses wichtige Zentrum zu unterstützen.
Wenn es Aktionen oder andere Anlässe gibt bei denen es wichtig ist, daß fotografiert wird, sind wir darauf angewiesen, daß Ihr uns dies mitteilt.
Bei Projekten, die mit Fotos unterstützt werden sollen, könnt Ihr uns natürlich gern ansprechen. Am sichersten erreicht Ihr uns Mittwochs zu den Öffnungszeiten.

Öffnungszeiten
Archiv der sozialen Bewegungen und
Foto-Archiv-Kollektiv
Montag und Mittwoch 16.00 - 19.00 Uhr

ROTE FLORA
Schulterblatt 71
2000 Hamburg 36.

Ihr könnt bei uns aus einer Menge von Kontaktabzügen Fotos im gewünschten Format bestellen, die wir euch dann zum Selbstkostenpreis anfertigen.

Öffnungszeiten
Archiv der sozialen Bewegungen und
Foto-Archiv-Kollektiv
Montag und Mittwoch 16.00 - 19.00 Uhr

ROTE FLORA
Schulterblatt 71
2000 Hamburg 36.



Das Ende der Friedhofsruhe

Eine kleine Geschichte des Wohlers Park

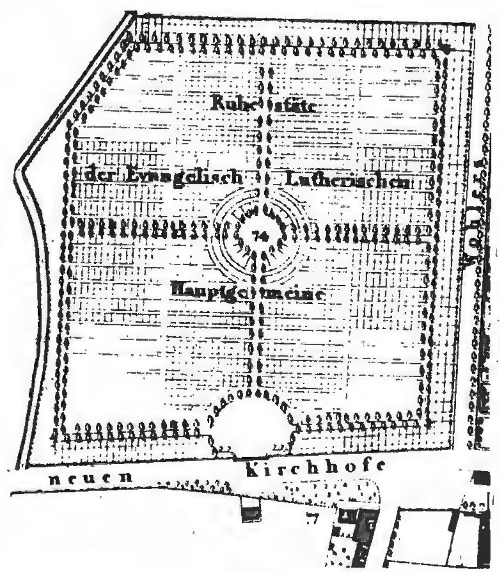
Was sind das für Zeiten, wo
Ein Gespräch über Bäume fast ein Verbrechen ist
Weil es ein Schweigen über so viele Untaten
einschließt!

(Bertolt Brecht, An die Nachgeborenen)

Auf dem Stadtplan sticht der Wohlers Park als kleiner grüner Punkt hervor, der, eingekeilt zwischen Holstenstraße, Max-Brauer-Allee und Thadenstraße, inmitten eines Straßengewirrs liegt. Ihm gegenüber liegt ein weiterer grüner Fleck, der "W. Möller Park", der aber von keinem, außer von den HundInnen, als Park ernst genommen wird. HundInnen haben, bis auf den Köter des Parkwächters, zum Wohlerspark keinen Zutritt, weshalb er auch eine der wenigen öffentlichen Fluchtburgen für Hundehasser im Stadtteil ist. TierfreundInnen müssen sich mit den reichlichen Kaninchen, Stadttauben und eingezäunten Hühnern im Park begnügen. Dafür kommen PflanzenliebhaberInnen schon eher auf ihre Kosten: Hier gebe es zwar "keine besonderen Pflanzen", sagt der zuständige Gärtner, dafür aber reichlich. Prächtig blühen im Frühling und Frühsommer die verschiedenen Rhododendren (von "Rhododendron General Eisenhower" über "Rhododendron Plüsch" bis zu "Rhododendron Bürgermeister Aarts" ca. 58 Sorten), Azaleen und Zieräpfel. Schon zu seiner Zeit als Friedhof Norderreihe war der Park eine Art Botanischer Garten, dessen Pflanzenreichtum etwa im Rahmen des schulischen Botanikunterrichts betrachtet wurde. So war er bereits seit dem 19. Jahrhundert nicht nur Friedhof, sondern auch Park, der oft von AnwohnerInnen zum Spazierengehen genutzt wurde. Grünflächen im Viertel waren damals – wie heute – Mangelware. Als evangelisch-lutherischer Friedhof wurde er kurz vor der großen Cholera-Epidemie Altonas, 1831, angelegt. Aus dieser Zeit stammen noch einige Grabmale im Wohlerspark, etwa die Gruft des 1845 gestorbenen Grafen Blücher von Altona und seiner Frau am Nordende des Parks, das Grab des 1842 verstorbenen Grönlandfahrers Jens Jacob Eschels oder der Familie des Bäderamtsmeisters Schult. Die unterschiedliche Größe und Pracht der Grabmale zeugen vom damaligen gesellschaftlichen Status der Toten. Wegen Überfüllung des Friedhofs wurden schon seit 1879 keine neuen Grabstätten mehr vergeben. Da die meisten der Grabstätten Erbbegräbnisse waren, fanden jedoch noch bis 1945 Beerdigungen statt. Während des 2. Weltkrieges blieb der Friedhof nicht unverschont: Bei Ausbruch des Krieges wurde auf dem Friedhofsgelände ein Löschwasserbecken ausgehoben und in den letzten Kriegswochen ein großer Teil der Grabsteine zum Bau einer Panzersperre abgeräumt. Bei dem englischen Luftangriff auf Hamburg vor 50 Jahren wurden Gräber, die Friedhofsmauer und die Kapelle zerstört. Nach dem 2. Weltkrieg bestimmte die materielle Not die Nutzung des Friedhofs: Auf Teilen des stark zerstörten Friedhofs wurden Grünparzellen vergeben und, teilweise auf den Gräbern, Kartoffeln, Kohl, Mohrrüben und andere Gemüse angepflanzt. Während des Winters wurden etliche Linden gefällt und ebenso wie die Parkbänke von der Bevölkerung verheizt. Die Probstei Altona schrieb 1945 an die britischen Aufsichtsbehörden: "Durch Feindeinwirkungen bzw. Frevlerhand in den letzten Jahren ist der Friedhof dermaßen beschädigt, daß er den Charakter als solchen kaum noch besitzt. Es befinden sich auf dem Friedhof mehrere große Bombentrichter, die Grabstellen sind unterwühlt, Grabsteine zerschlagen und die Einfriedung des Friedhofs (...) ist zu 90% zerstört. Aus volkswirtschaftlichen Gründen und der heutigen Zeit entsprechend beabsichtigen wir, die freigewordenen Plätze als Schrebergärten freizugeben."

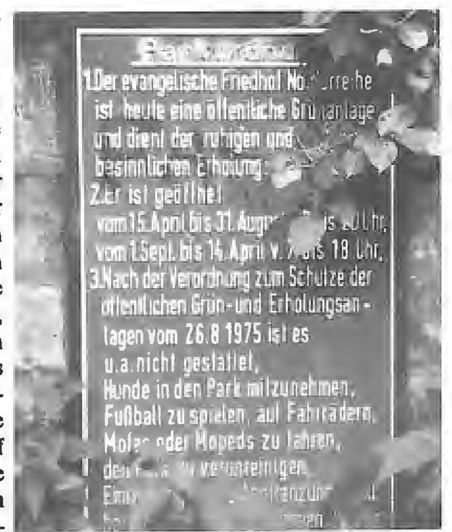


Die Kleingärten wurden bis 1948 beackert, dann ordnete die Kulturbehörde die Wiederherstellung des historischen Friedhofs an. 1950 wurde der Zaun um den Friedhof mit einem Stacheldraht



Der Friedhof an der Norderreihe im Plan von Altona 1836.

versehen, "da abends nach der Schließung des Eingangs junges Volk überzusteigen pflegt, um auf dem Friedhof sein Unwesen zu treiben." Die Freunde und Helfer der nahen Polizeiwache sind sofort zur Stelle und "nehmen sich der Halbstarken an, die sich abends und nachts auf dem Friedhof tummeln." Was die Jugendlichen dort trieben, wird angedeutet: "An einem Mai-Sonntag während des Gottesdienstes in der Johanniskirche haben jugendliche Burschen und Mädchen auf dem Rasen vor dem Grabe des Probstes Dohrn zu den Klängen eines Koffer-Grammophons Samba getanzt." (Norddeutsche Nachrichen vom 6.6.1950). Außerdem seien auf dem Friedhof Blumen und Pflanzen gestohlen, tote Katzen und Hunde reingeschmissen und auch gezeltet worden. Erst Ende der siebziger Jahre wurde er als Park umgestaltet und erhielt seine heutige Form. Im Gegensatz zum Schanzenpark, dessen große Flächen sich nicht nur für Zirkuszelte, sondern auch zum Ballspielen, Grillen und



für Hunderennen anbieten, ist der Wohlerspark kleiner und geschützter. Deshalb tummeln sich hier vorwiegend RentnerInnen, Kinder, Ruhesuchende, JoggerInnen und FreundInnen asiatischer Kampfsportarten. Wie überall schlafen im Park Wohnungslose, solange sie der Parkwächter nicht vertreibt. Gleich der ewigen Litanei über "die Jugend von heute" halten die Klagen über das Benehmen der ParkbesucherInnen an.

Ein älterer Parkbesucher, der bei schönem Wetter oft in einer Gruppe auf einer der Bänke sitzt und mit den anderen die Tauben füttert, zitiert die Parkordnung: Der Park diene der "ruhigen und besinnlichen Erholung" und daran sollten sich die Leute auch halten. Der Parkwächter, der am Eingang des Parks lebt, schlägt drastische Methoden vor, um die Einhaltung der Ordnung zu erzwingen: Einen kräftigen Aufpasser solle das Bezirksamt dort einstellen, der ungezogenen Bengels und Mädels, die dort Fahrrad fahren, ihren Hund Gassi führen oder die Gräber schänden, auch mal eins über die Mütze geben könnte. Doch dafür ist zum Glück kein Geld da, so daß alle ungezogenen AnwohnerInnen auch weiterhin ihre Ruhe haben, TierfreundInnen ihre Lieblinge mästen, HobbyköchInnen ihre Kräuter pflücken, Verliebte sich in die Augen glotzen und eingefleischte Politfreaks sich über Bäume unterhalten können.



Der "Militair Gravsted" der Dänischen Garnison erinnert daran, daß Altona bis 1864 zu Dänemark gehörte

Zwei Tote bei Brand in Kreuzberger Wohnhaus



Verlaß auf den Staat ist tödlich!

+ 19.06.93 Angela und Dario S.

In der Nacht von Freitag auf Samstag (18./19.6.) sind eine 29-jährige deutsche Frau und ihr zweijähriger Sohn Opfer einer Brandstiftung in der Blücherstraße 31 (1/61) geworden. Der Brand, der im Keller gelegt wurde und vermutlich einem kurdischen Restaurant im Vorderhaus galt, griff auf den Seitenflügel über. Während die übrigen HausbewohnerInnen von der Feuerwehr gerettet werden konnten, starben Angela S. und ihr Sohn Dario an Rauchvergiftung. In unmittelbarer Nähe des Hauses, im Treppenflur und im Hof wurden Hakenkreuz-Schmierereien gefunden.
Die Polizei ermittelt wegen Brandstiftung. Über einen eventuellen rassistischen oder faschistischen Hintergrund schweigt sie sich aus. Auch den Medien war der Brandanschlag mit Todesfolge am Samstag keine Nachricht wert. Ihre Ignoranz und Gleichgültigkeit trägt dazu bei, daß tödliche Anschläge zum Alltag werden.

Wir wissen bisher nicht, wer die Täter sind. Wir wissen jedoch sehr wohl, daß wir uns nicht auf Polizei und andere staatliche Institutionen verlassen können. Die Propagandalügen der Bonner und Berliner Brandstifter haben wir satt. Sie sind es, die erst das Klima geschaffen haben, in dem rassistische Übergriffe und Gewalt gegen "Andere" zur deutschen Normalität geworden sind.

Die Politiker haben jahrelang versucht, uns - ImmigrantInnen, Deutsche, Flüchtlinge, TürkInnen, KurdInnen .... - zu spalten und gegeneinander auszuspielen. Wir lassen uns jedoch nicht für dumm verkaufen.

Jetzt erst recht:

* Schließen wir uns zusammen in Hausgemeinschaften, Nachbarschaften, Betrieben, Schulen, Unis .... überall!
* Organisieren wir konkreten Schutz! Auf den Staat können wir uns nicht verlassen!
* Wehren wir uns gegen jede Form von Nationalismus!
* Schluß mit dem rassistischen und faschistischen Terror!
* Gleiche Rechte für alle hier lebenden Menschen!

Ein Faschist im Schanzenviertel

Am Freitag, 11.6.93, wurde mit H. Fiebig ein Mitglied der militanten faschistischen Strukturen "geoutet", wohnhaft in einer der neuen Sozialwohnungen an der Roten Flora. Es gab eine öffentliche Kundgebung vor dem Haus, in deren Verlauf auch einige Menschen spontan versuchten, die Wohnung Fiebig's zu stürmen (es ist allerdings unklar, was [mit ihm] passiert wäre, wenn sie hineingekommen wären). Es war allerdings (wieder einmal) etwas peinlich, daß bei dieser Kundgebung im Rahmen einer "Jugend trainiert für Olympia"-Ausscheidung die Wohnung darunter z.T. entglast wurde, es wurde aber später noch Geld für eine neue Scheibe gesammelt. Fiebig reagierte mit Schüssen mit Leuchtspurmunition auf die AntifaschistInnen und später auch auf die ersten, relativ zügig erschienenen Bullen und drohte auch mit einer abgesägten Schrotflinte, die er jedoch (noch) nicht benutzte. Dies machte aber auch deutlich, falls es nicht schon vorher klar war, womit mensch evtl. bei solchen Angriffen/Aktionen gegen Faschisten zu rechnen hat. Die Bullen waren sich ebenfalls nicht ganz klar darüber, was geschehen würde, es verging sehr viel Zeit, in der u.a. die E-Schicht ein rot-weißes Absperrband spannen durfte, bis der Einsatzzug-Mitte (andere sagen, es war das MEK) langsam erschien und dann, nach 1 1/2 Stunden, der "erlösende" Ruf vom Nachbarbalkon kam: "Wir haben ihn!"
Neben ihm befand sich noch Christian Scholz in der Wohnung, mit dem er vor seinem Einzug in die Juliusstraße im Karolinenviertel zusammengewohnt hat. Scholz ist ein bekannter faschistischer Funktionär u.a. aus der "Freiheitlichen Arbeiter Partei" (FAP) sowie der "Nationalen Offensive" (NO) [s. Kasten] und wohnt seit dem Herbst 1992 mit Willi Wegner in Hamburg-Horn zusammen, der seit fast 25 Jahren ununterbrochen militant-faschistische Aktivitäten betreibt (u.a. NSDAP/AO, FAP sowie seit April 1991 stellvertretender Vorsitzender der NO).
Nach übereinstimmenden Presseberichten (taz, HA, Mopo, FR) wurden in der Wohnung neben der abgesägten Schrotflinte u.a. fertige Brandsätze, Material zur Herstellung von Sprengsätzen und faschistisches Propagandamaterial gefunden. Nach erfolgter erkennungsdienstlicher Behandlung wurden beide Faschisten wieder freigelassen; es bleibt natürlich das Gedankenspiel, was gewesen wäre, hätten die Bullen bei Menschen aus linken, fortschrittlichen Kreisen diese ganzen Sachen gefunden...
Es ist natürlich mehr als bedauerlich, daß Fiebig und Scholz ca. 1 1/2 Stunden Zeit hatten, nicht nur auf uns zu schießen, sondern zudem wohl auch noch diverse Unterlagen zu verbrennen, die evtl. Aufschluß über das Tun der Faschisten erst im Karo-Viertel und dann hier im Schanzenviertel hätten geben können (wenn nicht, dann haben die Bullen sie jetzt und nicht wir). Doch dies sollte nicht den Menschen zum Vorwurf gemacht werden, die aus eigenen Bedenken heraus Abstand von einer anderen Aktion genommen haben. Es ist wohl doch eher eine Schwäche der (antifaschistischen) Strukturen dafür verantwortlich, denn es gibt seit Jahren mehr oder weniger öffentlich bekannte Adressen von Faschisten und nicht nur jetzt diese eine; später zu lamentieren "mensch hätte doch besser ..." o.ä. hilft da erstmal nicht weiter.
Zumindest am Wochenende 12./13.6. hielt sich Fiebig wieder in seiner Wohnung auf; wer gedacht hatte, es würde sofort eine Sozialwohnung im Viertel freiwerden, hatte sich getäuscht. Doch weiß Fiebig nun, daß er aufgeflogen ist und er wird vermutlich nicht so dreist sein, hier weiter herumzulaufen. "Die Nähe zu Treffpunkten von u.a. linken Gruppen, MigrantInnen, Schwulen, Lesben und Frauengruppen macht diesen Zustand unhaltbar. Unhaltbar deshalb, weil diese Gruppen erklärte Gegner und konkrete Angriffsziele der Faschisten sind. Fiebigs Wohnen hinter der Roten Flora ist für die militant organisierten Faschisten nutzbar. Wir müssen mit vielfältigen Aktionen dafür sorgen, daß dieser Faschist mit seinen Kumpanen aus dem Schanzenviertel verschwindet." (aus dem verteilten Flugblatt vom 11.6.) Am Donnerstag danach wurde ein Info-Plakat im Viertel verklebt, um noch mehr Menschen über die Anwesenheit dieses Faschisten hier zu informieren. Zudem gab es in den beiden Sozialwohnungsblocks an der Juliusstraße eine Unterschriftensammlung gegen den dort wohnenden Faschisten, die von fast allen Mietparteien unterschrieben wurde. Geplant ist wahrscheinlich, diesen Brief an den Vermieter, die GWG, zu schicken; es ist der GWG theoretisch juristisch möglich, ihm allein wegen der Brandsätze und Materialien zur Herstellung von Sprengsätzen zu kündigen. Dieser Brief ist aber auch ein kleines Stück in der Mobilisierung gegen Fiebig als bekannt gewordenem Faschisten, neben Plakatierung etc., die jetzt beginnen muß. Auf der anderen Seite ist es aber so, daß mit Fiebig's wahrscheinlichem Abgang nicht das Problem gelöst ist; der vorhandene latente Faschismus auf der Straße, in den Kneipen und Läden, eben auch im Schanzenviertel, existiert weiter.



Henry Fiebig
Juliusstraße 20
3. Stock
2000 Hamburg 36
Telefon 43 87 43

> **Die "Nationale Offensive" (NO)**
>
> Die NO wurde am 3.7.1990 in Augsburg gegründet und setzt sich zum großen Teil aus ehemaligen FAP-Anhängern zusammen. Laut ihrer Plattform versteht sich die NO ausdrücklich als Bindeglied der zerstrittenen Neonazi-Organisationen, um die Zersplitterung aufzuheben und "Brücken zwischen den Kontrahenten zu bauen." Bald wurden auch Ortsgruppen in den fünf neuen Ländern gegründet, die NO ist vor allem in Sachsen aktiv. Am 23.12.92 wurde die NO verboten, allerdings war sie nicht überrascht davon, gab es doch 12 Tage vorher schon Razzien in Witten, Bochum und Dortmund gegen NO-Mitglieder, bei denen u.a. Chemikalien und elektronische Bauteile zur Herstellung von Bomben gefunden wurden; bei der Vermögensbeschlagnahme im Rahmen des Verbots wurden dann auch immerhin DM 10,- auf dem Parteikonto vorgefunden. Gewollt oder ungewollt, die Verbotsverfügung für die NO traf z.B. in Dresden erst ein, als die Razzien im Westen schon längst begonnen hatten, also noch mehr Zeit zum Wegräumen von Sachen. Am 5.2.93 gab es eine erneute Razzia in Witten, dort wurden wiederum Waffen und Sprengstoff beschlagnahmt.
> Dies in Kürze zur NO, ausführliche Informationen und Zusammenhänge finden sich im Buch "Die Drahtzieher im braunen Netz" (Edition ID-Archiv) sowie u.a. im "Antifa-Info" (Berlin).

Nirgendwo dürfen Faschisten unbehelligt bleiben!

> Im folgenden drucken wir einen Artikel von Rolf Gössner, der demnächst in "Vorgänge - Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik, Nr. 2/93", veröffentlicht wird.
>
> Wir meinen, daß der Beitrag die aktuelle "Sicherheitslage" vor dem Hintergrund der Morde von Mölln und Solingen gut zusammenfaßt und einen interessanten Ausblick auf die evtl. institutionelle und juristische Entwicklung in nächster Zeit gibt.

Mit dem "starken Staat" gegen Rechts?

Die Politik der "Inneren Sicherheit" im Aufwind oder: Schlechte Zeiten für eine liberale Rechtspolitik

Wie so oft in Zeiten wachsender sozialer Unsicherheit und Ungerechtigkeit hat gegenwärtig wieder die sog. "Innere Sicherheit" Hochkonjunktur. Das Sicherheitsgefühl der Menschen schwindet und der Schrei nach dem starken Staat, nach einfachen strafrechtlichen und polizeilichen "Lösungen" wird immer lauter.

Im Kampf gegen wachsende Kriminalität, gegen das "Organisierte Verbrechen", gegen Drogenkriminalität und "Asylmißbrauch", gegen Rechtsextremismus und neonazistische Gewalt sind allzu viele - übrigens auch aus dem liberalen Bürgertum und der verbliebenen "Linken" - bereit, bürgerrechtliche und rechtsstaatliche Positionen nach und nach zu räumen. Plötzlich werden sogar bei ehedem (staats-)kritischen Geistern der vielgeschmähte "Verfassungsschutz" (VS) akzeptabel, das höchst bedenkliche Anti-Terror-Sonderrechtssystem genehm sowie die Hilferufe nach Polizei, Staat und schärferen Gesetzen schriller, wenn diese nur endlich wirkungsvoll gegen den Rechtsterror eingesetzt würden: Geheimpolizeiliche "verdeckte Ermittler" oder (noch) verfassungswidrige Lauschangriffe finden im Kampf gegen die organisierte Drogen-Kriminalität

und gegen Neonazis neue Freunde, die in ihrer Hilflosigkeit glauben, den Verheißungen der Polizei und Innenminister folgen zu müssen, um der neuen Unsicherheit begegnen zu können.

Demgegenüber geraten sämtliche Reform- und Entkriminalisierungsbemühungen - Abbau des "Verfassungsschutzes" oder Ausstieg aus der kriminalitätsfördernden Drogenpolitik - unter wachsenden Druck - wie etwa im rot-grün regierten Niedersachsen (s. dazu in dieser Ausgabe: Reform des niedersächsischen "Verfassungsschutzes", der Polizei und des Strafrechts); und das Asylrecht wird von den in Bedrängnis geratenen Alt-Parteien zur Disposition gestellt, in dem (Aber-)Glauben, damit dem Flüchtlingsproblem "Herr" zu werden und dem Rechtsterrorismus Einhalt zu gebieten.

Statt die sozialen Ursachen zunehmender Kriminalität und Gewalt mit sozial-politischen Mitteln anzugehen, statt die Ursachen sozialer Desintegration und psychischer Verelendung zu bekämpfen, wird von sog. Sicherheitspolitikern (insbesondere der CDU/CSU) und von Sicherheitspraktikern in Bund und Ländern eine unverantwortliche Unsicherheits-Kampagne geschürt. Parallel zu dieser politischen Dramatisierung wird der verängstigten Bevölkerung vorgegaukelt, die Probleme und Konflikte könnten letztlich polizeilich und strafrechtlich "gelöst" werden - aber nur mit mehr staatlicher Gewalt, mit mehr Repression, mit Polizei-Aufrüstung und Gesetzesverschärfungen. Nach über zwanzigjähriger Hochrüstung des Polizei- und Sicherheitsapparates in der Bundesrepublik bei gleichzeitigem Anstieg der Kriminalität - ein wahrlich glaubhaftes Versprechen. So wird das legitime Bedürfnis der Bevölkerung nach sozialer Sicherheit und Schutz vor Kriminalität mißbraucht, um den Sicherheitsapparat in der Bundesrepublik noch weiter auszubauen - mit gravierenden Folgen für die Bürgerrechte. Und gleichzeitig wird mit dieser Legitimationsbildung abgelenkt von den katastrophalen Folgen einer verfehlten Sozial- und Wirtschaftspolitik im vereinten Deutschland und von jenen Kräften, die für diese Misere politisch verantwortlich sind.

Staatliche "Sicherheits"-Offensive

Bereits seit der deutschen Vereinigung erleben wir einen deutlichen Schub im Bereich der "Inneren Sicherheit":

> Der Aufbau eines präventiven Sicherheitsstaats nach westdeutschem Modell ist in den neuen Bundesländern mittlerweile so gut wie abgeschlossen. So wurden der stasigeschädigten Bevölkerung neue Geheimdienste unter dem Decknamen "Verfassungsschutz" zugemutet, die Polizei ist weitgehend aufgebaut (allerdings schlecht ausgerüstet), die Justiz ist funktionsfähig und alles wurde rechtlich abgesichert (incl. Rechtsverkürzung durch "Rechtspflege-Entlastungsgesetz").
> Gegen die in Ansätzen reale, aber politisch dramatisierte Gefahr der "Organisierten Kriminalität" wurde bereits ein Bundesgesetz geschmiedet, das längst praktizierte, aber höchst umstrittene geheimpolizeiliche Mittel und Methoden legalisiert (s. dazu weiter unten). Zwei Ergänzungen stehen - im wahrsten Sinne des Wortes - noch ins Haus: So soll zum einen - per Grundgesetz-Änderung - der große Lauschangriff mit Wanzen oder Richtmikrophonen in und aus Wohnungen ermöglicht werden und zum anderen sollen künftig verdeckte Ermittler der Polizei, die mittlerweile "legal" in kriminelle Szenen eingeschleust werden können, "milieubedingte" Straftaten begehen dürfen. Die bereits zu beobachtende staatliche Mitorganisierung der (organisierten) Kriminalität bekäme damit die Gesetzesweihe.
> Und seit geraumer Zeit werden, mit etwas Verzögerung, auch der Rechtsterror und die Pogrome von Neo-Nazis gegen Asylbewerber zum Anlaß genommen, nach einer neuen mobilen Polizei-Eingreiftruppe zu rufen, nach Schnellgerichten vor Ort sowie nach einer Verschärfung des Haftrechts und des "Landfriedensbruchs". Man ist offenbar bereit, vor Ausschöpfung der bestehenden gesetzlichen und apparativen Möglichkeiten, unter der Flagge "Kampf gegen rechts" höchst problematische Gesetzesverschärfungen durchzusetzen, die schon lange auf der Wunschliste rechtskonservativer Sicherheitskräfte stehen.

Der Rechtsterrorismus als neue Legitimation

Nach den drei Morden von Mölln zog der Generalbundesanwalt - nach heftiger Kritik an seiner bisherigen Zurückhaltung - demonstrativ das Ermittlungsverfahren an sich, weil, so seine Begründung, nun die "innere Sicherheit" der Bundesrepublik beeinträchtigt sei - nach 17 von Neonazis verursachten Todesfällen seit Januar 1992. Erst ab jenem Zeitpunkt, als das "Ansehen Deutschlands in der Welt" auf dem Spiel stand, tönten auch die Sicherheitspolitiker im Chor mit Kanzler Kohl, von nun an den "rechtsradikalen Pöbel die volle Härte des Gesetzes" spüren zu lassen. Und tatsächlich ist eine gewisse Wende im Umgang mit den Rechtsterroristen und ihrem (klein)bürgerlichen Umfeld zu verzeichnen: Der Bundesinnenminister verbot zunächst die neonazistische "Nationale Front", dann die "Deutsche Alternative" und die "Nationale Offensive"; diese Vereinigungen wurden aufgelöst, ihre Vermögen beschlagnahmt und eingezogen. Auf Vorschlag des Bundesinnenministers hat die Bundesregierung im Dezember 1992 beschlossen, gegen zwei "führende Rechtsextremisten" ein Verfahren auf Verwirkung der Grundrechts gemäß Artikel 18 Grundgesetz (GG) beim Bundesverfassungsgericht einzuleiten. Den beiden Betroffenen soll verboten werden, sich öffentlich zu politischen Fragen zu äußern, ihre politische Meinung zu verbreiten, an politischen Versammlungen teilzunehmen oder diese zu organisieren und sich in oder für Vereinigungen mit politischer Zielsetzung zu betätigen. Außerdem soll ihnen für die Dauer der Verwirkung dieser Grundrechte auch die Wählbarkeit aberkannt werden.

schichte, immerhin eine essentielle Konsequenz aus den bitteren Erfahrungen mit der Gestapo in Nazi-Deutschland verkörpert.

Fremde Sündenböcke provozieren deutschen "Staatsnotstand"

Man wird den Verdacht nicht los, daß mit dem teilweise geschürten und provozierten Asylproblem (s. dazu weiter unten) und mit der skizzierten "Sicherheits"-Strategie ein gigantisches Verdrängungsprogramm losgetreten wurde, mit dessen Hilfe von den dramatischen Vereinigungsfolgen und -kosten, von dem neuen sozialen Ost-West-Konflikt "Deutsche-Ost gegen Deutsche-West" und umgekehrt abgelenkt werden kann. Die Sündenböcke sind systematisch aufgebaut worden und werden in Gestalt der Schwächsten, der Flüchtlinge, quasi zum "Abschuß" freigegeben. Der soziale Konflikt verlagerte sich entsprechend auf "Deutsche gegen Ausländer" und eskalierte zu pogromartigen Ausfällen: Mindestens 24 Tote pflastern bereits den Weg zur "nationalen Identität" seit 1990 - allein 1992 forderten die über 4.000 neonazistischen Gewalttaten 17 Tote und etwa 1.000 zum Teil schwer Verletzte. "Asylantenheime" brennen und Anwohner klatschen Beifall, rassistische Schlägertrupps marschieren durch die Städte und Ausländer werden beschimpft, verprügelt, verbrannt, ermordet, teilweise unter den Augen einer untätigen Polizei, KZ-Gedenkstätten werden verwüstet und jüdische Friedhöfe geschändet - Alltag gewordener Terror im vereinten Deutschland (zu den neonazistischen Gewalttaten in Niedersachsen, s. Anhang).

Im Zeitraum 1. Januar bis 31. Dezember 1992 eingeleitete Ermittlungsverfahren wegen rechtsextremistischer/fremdenfeindlicher Straftaten, differenziert nach Strafvorschriften und Bundesländern (ohne Brandenburg und Saarland)

Länder	§§ 86, 86 a	125, 125 a	130, 131	211, 212	223 ff	306 ff StGB	sonstige Delikte	insgesamt
Baden-Württemberg	524	52	219	11	76	59	334	1 275
Bayern	579	11	312	4	41	23	197	1 167
Berlin	803	-	252	1	2	1	8	1 067
Bremen	30	-	18	-	2	-	16	66
Hamburg	171	11	44	3	16	2	44	291
Hessen	277*)	11*)	214*)	9*)	24*)	18*)	228*)	861
Mecklenburg-Vorpommern	15	275	7	18	43	14	14	386
Niedersachsen	549	8	137	3	48	38	233	1 016
Nordrhein-Westfalen	1 015	46	807	8	94	176	651	2 817
Rheinland-Pfalz	143	3	25	2	15	18	59	265
Sachsen**)	294	192	12	1	85	23	264	871
Sachsen-Anhalt	73*)	55*)	14*)	10*)	83*)	8*)	47*)	317
Schleswig-Holstein	209	24	114	7	93	31	263	741
Thüringen***)	14	2	2	-	3	-	5	26

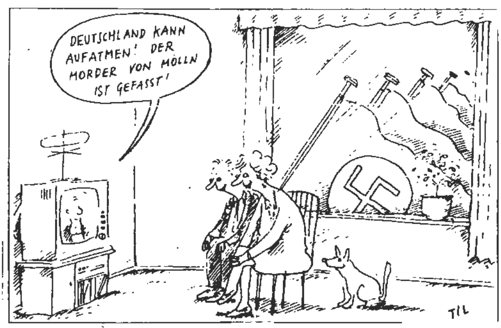
*) Ohne StA Kassel/Hessen (nur insgesamt ausgewiesen: 80) bzw. ohne OLG-Bezirk Naumburg/LG-Bezirk Stendal/Sachsen-Anhalt (nur insgesamt ausgewiesen. 27).
**) Die Angaben beruhen auf Schätzungen der Staatsanwaltschaften.
***) Die Zahlen beziehen sich nur auf den LG-Bezirk Meiningen.

Die Innenminister der Länder und des Bundes haben beschlossen, die Partei "Die Republikaner" gezielt (möglichst auch mit nachrichtendienstlichen Mitteln) von den "Verfassungsschutz"-Behörden beobachten zu lassen (was dem niedersächsischen Innenministerium im Wege der einweiligen Anordnung durch das Verwaltungsgericht Hannover untersagt wurde; s. dazu weiter unten). Der nach dem Ende des Kalten Krieges geplante Personalabbau beim Bundesamt und bei einigen Landesämtern für "Verfassungsschutz" soll gestoppt werden (nicht in Niedersachsen) und die Wiederbelebung des sog. Radikalenerlasses, diesmal gegen rechts, ist im Gespräch.

In Niedersachsen wurde der neofaschistische "Deutsche Kameradschaftsbund Wilhelmshaven" (DKB) vom Innenminsterium verboten; es kam zu diversen Razzien, Festnahmen und Beschlagnahmen. Die niedersächsische Landesregierung startete außerdem eine Bundesratsinitiative, die auf eine Verschärfung des Straftatbestands der "Volksverhetzung" (§ 130 StGB) sowie des "Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen" (§ 86a StGB) abzielt: In Zukunft soll auch das öffentliche Tragen von naziähnlichen Symbolen und Kennzeichen unter Strafe gestellt werden - eine eher symbolische Politik mit Hilfe des Strafrechts gegen rechts, über deren Sinnhaftigkeit sich trefflich streiten ließe.

Auf strukturell-organisatorischer Ebene hat der Bundesinnenminister parallel zur bereits bestehenden "Koordinierungsgruppe (Links-) Terrorismus" (KGT) die Schaffung einer "Koordinierungsgruppe Rechtsextremismus" vorgeschlagen, der Präsident des Bundesverfassungsschutz-Amtes plädiert gar für ein zentrales "Bundessicherheitsamt", in dem verschiedene Staatsschutzorgane, wie Polizei, Geheimdienste und Staatsanwaltschaften zusammengefaßt werden sollen - womit, ganz nebenbei, auch das verfassungsmäßige, aber für Sicherheitspraktiker höchst lästige Gebot der Trennung von Geheimdiensten und Polizei im Kampf gegen Neonazis vollends über Bord geworfen würde. Ein Gebot, das, Ironie der Ge-

Verantwortlich gemacht für diesen sprunghaft wachsenden neonazistischen Terror wird, so scheint es, die sog. Asylantenflut und der "massenhafte Asylmißbrauch" durch "Scheinasylanten", "Wirtschaftsflüchtlinge" und "kriminelle Ausländer". Und da ist es eigentlich nur konsequent, wie ursprünglich geschehen, weniger gegen die rechten Terroristen zu unternehmen, als vielmehr gegen deren Opfer, die beseitigt werden sollen - und wenn dazu das Grundgesetz geändert und das Asylrecht abgeschafft werden muß. "Asylsicherung" nennt die CDU/CSU diese "Ausländer-raus"- Politik - Orwell läßt grüßen. Und schon wurde, nicht etwa wegen der Terroranschläge und Morde an Asylbewerbern, sondern wegen einer zu erwartenden Asyl-"Katastrophe" der "Staatsnotstand" beschworen, zu dessen Abwendung die Bundesregierung selbst den offenen Verfassungsbruch nicht mehr ausschließen mochte. Der Bundeskanzler - ein Fall für den "Verfassungsschutz"? Wie weit sind wir schon gekommen, wenn eine Bundesregierung sich genötigt sieht, allen Ernstes zu dementieren: Nein, "die Regierung plant keinen Staatsstreich" (so Kanzleramtsminister Bohl vor dem Bundestag). Wie beruhigend!



Ausnahmezustand oder Normalsituation?

Die Botschaft dieser Notstands-Politik im "Deutschen Herbst" 1992:

1. Nicht die neonazistische Gewalt ist das Problem, sondern die Asylfrage;
2. Die Fremden sind an der gesamtdeutschen Misere schuld, und
3. in extremen Situationen sind auch extreme Mittel legitim.

Was wunder, wenn die Neonazis sich dadurch ebenfalls legitimiert sehen, weiter mit Mord und Totschlag die Situation zu "bereinigen". Auch die gegenwärtige Asyldebatte und Abschiebepolitik scheint ihnen Recht zu geben: Mit unterschiedlichen Mitteln verfolgen sie dasselbe Ziel. Der sog. Asylkompromiß (Artikel 16a) von CDU/CSU, SPD und FDP beschränkt das Recht auf Asyl praktisch auf diejenigen Personen, die die Bundesrepublik auf dem Luft- oder Seeweg erreichen. Länderlisten über sog. sichere Drittstaaten bzw. verfolgungsfreie Herkunftsstaaten sollen eingeführt werden, um damit sofortige Abschiebungen zu begründen (s. dazu weiter unten); die Bundesregierung plant zur Absicherung ihrer Abschottungspolitik, die Grenzen nach Osten elektronisch zu sichern, mit Hilfe von Infrarotkameras und Bundesgrenzschutz für Flüchtlinge undurchdringlich zu machen. Diese Grundrechtsaushöhlung kommt den Forderungen der rassistischen Gewalttäter weitgehend nach, bestätigt sie geradezu in ihrem Tun.

Wir standen in der Alt-BRD schon mal am Rande eines "Ausnahmezustandes" - unter anderen Vorzeichen; die Reaktionen hierauf haben die Republik drastisch verändert: Damals - als Mitglieder der "Rote Armee Fraktion" (RAF) und der "Revolutionären Zellen" vor und nach dem "Deutschen Herbst" 1977 ihre Anschläge gezielt gegen staatliche und gesellschaftliche Funktionäre, gegen Einrichtungen und Vertreter des großen Kapitals, des "militärisch-industriellen Komplexes" oder des staatlichen Repressionsapparates richteten - ja damals wurde, nicht etwa gegen die Anlässe und Opfer, sondern gegen den "linken Terror" wirklich hart durchgegriffen: Sondersitzungen des Parlaments, große und kleine Krisenstäbe, Blitzgesetze und polizeiliche Sonderermächtigungen, großangelegte Lauschangriffe und Großrazzien, Zensur und Sympathisantenhetze, Einschränkungen der Verteidigungsmöglichkeiten vor Gericht, Isolationshaft und Kontaktsperre, Aufbau eines weitverzweigten "Anti-Terror"-Sonderrechtssystems, darüber hinaus personelle, finanzielle und technologische Aufrüstung aller Sicherheitsorgane - das sind nur einige Stichworte jener Staatsreaktionen, die sich vorwiegend gegen links richteten und weit hinein in die demokratische Linke, weit hinein in die Anti-AKW- und Friedensbewegung auswirkten. Gegen den massiven rechten Terror der letzten Jahre und Monate, gegen die unzähligen neonazistischen Mordanschläge gegen Angehörige von Minderheiten wurde bislang dieser längst etablierte Hochsicherheitsapparat allerdings kaum mobilisiert, noch nicht einmal das klassische Instrumentarium effektiv eingesetzt; statt dessen werden weitere Gesetzesverschärfungen und Aufrüstungsmaßnahmen gefordert.

Zumindest bis zum Terroranschlag von Mölln hielt sich die Polizei vornehm zurück, wie während der Pogrome von Rostock (wo es eine Art von "Abkommen" mit der Polizei gab, demzufolge sich die Polizei zurückhalten sollte) und anderswo - kein Polizeikessel wie etwa in Hamburg, keine Hubschrauber-Jagden, keine Bürgerkriegsmanöver wie bei den großen Anti-AKW-Demonstrationen, keine Massenkontrollen und Massenverhaftungen, keine bundesweiten Razzien, keine nackte Polizeigewalt wie in München wegen eines linken Pfeifkonzertes gegen den Weltwirtschaftsgipfel. Erst als die linken Gegen-DemonstrantInnen nach Rostock eilten, um gegen den Neonazi-Terror zu protestieren, da funktionierte die Staatsgewalt plötzlich wieder in gewohnter Weise, da erinnerte man sich z.B. schlagartig wieder der so beliebten polizeilichen Kontrollstellen, an denen sich alle Passierenden ausweisen und durchsuchen, notfalls auch erkennungsdienstlich behandeln lassen müssen.

Andere Täter, andere Opfer - andere Reaktionen

Um einem Mißverständnis vorzubeugen: Neonazismus und Rechtsterror sind kein neues Phänomen dieser Tage oder seit der deutschen Vereinigung. Es gab und gibt sie nicht erst seit Hoyerswerda und Rostock - und zwar in Westwie in Ostdeutschland. Die westdeutsche Wirklichkeit in den 80er Jahren: Schon 1988 gab es insgesamt 73 "rechtsextremistische" Organisationen mit knapp 30.000 Mitgliedern (1992: über 40.000 Neonazis, wovon etwa 4.500 als gewaltbereit gelten). Von 1980 bis 1989, also innerhalb von zehn Jahren, gab es - neben über 700 rechtsterroristischen Gewalttaten, wie Sprengstoff- und Brandanschlägen, Raubüberfällen und Körperverletzungen - insgesamt 36 Tote aufgrund von rechtsterroristischen Anschlägen; darunter waren die Opfer des Münchner Oktoberfest-Attentats, 10 Ausländer, ein jüdischer Verleger und seine Lebenspartnerin, zwei Männer ohne festen Wohnsitz. Das sind über dreieinhalb mal so viele gewaltsame Todesfälle, wie sie im selben Zeitraum von sog. Linksterroristen verursacht wurden (10 Fälle).

Angesichts dieser Tatsache ist die Frage von besonderem Interesse, ob und inwieweit das unter Bürgerrechtsaspekten als höchst bedenklich geltende Anti-Terror-Instrumentarium, mit dem Organisationsdelikt § 129a Strafgesetzbuch als Schlüsselnorm, auch gegen rechte Gewalttäter und Gruppen eingesetzt worden ist. Denn schließlich stellt § 129a die Mitgliedschaft in einer "Terroristischen Vereinigung", deren Unterstützung und das Werben für eine solche unter Strafe; sie setzt bereits weit im Vorfeld strafbarer Handlungen an. Ein entsprechender Anfangsverdacht eröffnet den Strafermittlungsbehörden spezielle Eingriffsbefugnisse, wie z.B. Kontrollstellen, Schleppnetzfahndung, Groß-Razzien, Telefonabhöraktionen und die sog. polizeiliche Beobachtung.

Die Antwort auf die Frage nach der Anwendung dieses umstrittenen Instrumentariums ist denkbar kurz: Es wurde praktisch kaum gegen rechten Terrorismus angewandt. Folgende Tendenz läßt sich für die achtziger Jahre zusammenfassen:

- Es stehen 3.300 "Linksterrorismus"-(LT)-Verfahren mit ca. 10.000 Betroffenen 134 "Rechtsterrorismus"-(RT)-Verfahren mit etwa 390 Betroffenen gegenüber.
- Im Gegensatz zu den LT-Ermittlungsverfahren nach § 129a StGB nehmen die RT-Verfahren stetig ab und tendieren seit 1986 gegen Null. Diese Nulltendenz geht einher mit einem Aufwärtstrend terroristischer Gewaltaktivität von rechts.
- Reichte im LT-Bereich bereits die gesprühte Buchstaben-Kombination "RAF" an einer Wand oder die Parole "für Zusammenlegung der Gefangenen aus RAF und Widerstand" während einer Veranstaltung aus, um die Täter wegen "Werbens" oder "Unterstützung einer terroristischen Vereinigung" zu monatelangen Haftstrafen zu verurteilen, so reichen auf der anderen Seite häufig noch nicht einmal verbotene Nazi-Symbole, wie das Tragen von Hakenkreuzen, "Sieg-Heil"-Rufe und der "Hitlergruß", aus, Strafverfahren auch nur einzuleiten, obwohl spezielle Strafnormen existieren.

Im Zeitraum 1. Januar bis 31. Dezember 1992 wegen rechtsextremistischer/fremdenfeindlicher Straftaten Verurteilte insgesamt und Verurteilungen zu Jugend- oder Freiheitsstrafe, differenziert nach der Dauer und nach Bundesländern (ohne Brandenburg und Saarland)

Länder	Verurteilte insges.	zu Jugend- oder Freiheitsstrafe Verurteilte						
		bis 6 Mon.		6 Mon. bis 1 Jahr		1 bis 2 Jahre		mehr als 2 Jahre
		ins-ges.	dar. Bew.	ins-ges.	dar. Bew.	ins-ges.	dar. Bew.	
Baden-Württemberg	115	8	7	15	14	9	7	1
Bayern	257	15	14	16	11	7	5	2
Berlin	34	–	–	1	1	3	3	1
Bremen	13	4	4	–	–	4	4	–
Hamburg	36	1	1	3	3	2	2	2
Hessen	38	2	1	4	4	2	1	–
Mecklenburg-Vorpommern	69	16	7	21	17	8	4	2
Niedersachsen	31	9	5	1	1	1	1	–
Nordrhein-Westfalen	176	21	19	15	15	14	12	9
Rheinland-Pfalz	51	7	7	10	10	7	6	3
Sachsen*)	286	13	13	66	60	30	17	8
Sachsen-Anhalt	48	3	3	5	5	20	16	8
Schleswig-Holstein	14	2	2	3	3	3	1	1
Thüringen**)	2	–	–	1	1	–	–	–

*) Die Angaben beruhen auf Schätzungen der Staatsanwaltschaften.
**) Die Zahlen beziehen sich nur auf den LG-Bezirk Meiningen.

Quelle: Bt-Drs. 12/4781



*Im Zeitraum 1. Januar bis 31. Dezember 1992 durch Einstellungen beendete **Strafverfahren** wegen rechtsextremistischer/fremdenfeindlicher Straftaten, differenziert nach **Bundesländern** (ohne Brandenburg und Saarland)*

Länder	Einstellung			
	nach § 170 Abs. 2 StPO		nach §§ 153 ff. StPO	**nach §§ 45, 47 JGG**
	insgesamt	Täter nicht ermittelt		
Baden-Württemberg	676	544	29	**40**
Bayern	600	458	50	**82**
Berlin	427	315	49	**26**
Bremen	48	27	6	**3**
Hamburg	195	165	5	**14**
Hessen	759	558	7	**3**
Mecklenburg-Vorpommern	169	19	2	**33**
Niedersachsen	846	692	28	**27**
Nordrhein-Westfalen	1 889	1 158	133	**49**
Rheinland-Pfalz	163	129	9	**12**
Sachsen*)	340	201	51	**87**
Sachsen-Anhalt	116	42	2	**12**
Schleswig-Holstein	264	195	21	**20**
Thüringen**)	14	9	–	–

*) Die Angaben beruhen auf Schätzungen der Staatsanwaltschaften.
**) Die Zahlen beziehen sich nur auf den LG-Bezirk Meiningen.

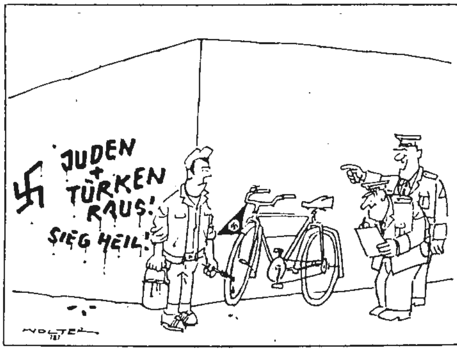
Diese unterschiedliche Vorgehensweise hat zur Folge, daß im rechten Spektrum wesentlich weniger "Taten" aus dem Meinungsäußerungsbereich mithilfe des § 129a als "terroristisch" kriminalisiert werden, als links (wohl auch eine Folge der Existenz spezieller Strafnormen gegen neonazistische Umtriebe). Staatliche Strafermittlungen gegen "Unterstützer des Rechtsterrorismus" oder gegen rechte "Sympathie-Werbung" kommen praktisch kaum vor.

Wenn man so will: Polizei und Justiz zeigen sich in Sachen Neonazis, wie sonst selten in politischen Verfahren, von ihrer rechtsstaatlichsten und liberalsten Seite: Trotz immer deutlicher werdender organisatorischer Steuerung der Gewalttaten gibt es auch in den neunziger Jahren kaum "Rechtsterrorismus"-Ermittlungsverfahren: 19

1990: 1 (gegen links: 146)

1991: 5 (inzwischen wieder eingestellt; gegen links: 191),

1992: 4 (u.a. Verdacht der Gründung eines "Nationalen Einsatzkommandos" und einer Teilorganisation des amerikanischen Ku-Klux-Klan auf deutschem Boden; außerdem je ein Ermittlungsverfahren wegen Bildung einer "kriminellen Vereinigung" nach § 129 gegen Mitglieder der "Deutschen Nationalen Partei" wegen Gründung einer Wehrsportgruppe, der "Werwolf-Jagdeinheit Senftenberg"). Das vierte 129a- Ermittlungsverfahren des Jahres 1992 hat Generalbundesanwalt Alexander von Stahl erst nach massiver Kritik an seiner Zurückhaltung demonstrativ gegen die Gruppe P. und die Täter von Mölln eingeleitet (zu den niedersächsischen 129a-Zahlen, s. Dokumentation im Anschluß).



„Bürschchen, jetzt haben wir dich erwischt – kein Licht und kein Katzenauge!"

Immer noch werden rechtsterroristische Gewalttaten gerne als Handlungen von isolierten Einzeltätern bzw. von unorganisierten Spontantätern bagatellisiert, allenfalls ist von Jugend-Gangs oder alkoholisierten Jugendcliquen die Rede - als gäbe es keinerlei politischen Hintergrund für ihre mörderischen Gewalttaten, als gäbe es nicht längst einen gut organisierten neonazistischen Kern aus Skinhead-Szene, Neonazi-Parteien, Wehrsportgruppen und völkischen Einsatzkommandos, die, schwer bewaffnet, u.a. den Straßen- und Häuserkampf zur Stürmung von Asylbewerber-Heimen exerzieren und dabei auch die Sprengung von Häusern üben. Wenn man bedenkt, wie schnell die Sicherheitsbehörden im linkspolitischen Spektrum Organisationsstrukturen zur Aktivierung des 129a-Sonderrechtssystems unterstellt haben, so muß die jetzige Zurückhaltung mehr als erstaunen.

Ende 1992 hat der niedersächsische Innenminister Glogowski (SPD) das Bundesamt für Verfassungsschutz gewarnt, "die rechtsextremistischen Aktivitäten zu unterschätzen"; es sei falsch, so Glogowski, daß der Präsident des Bundesamtes weiterhin behaupte, es gebe keine überregionalen Verbindungen zwischen den verschiedenen Gruppen. Nach seinen Erkenntnissen finde inzwischen eine "Vernetzung" der Aktivitäten statt: "Im organisierten Rechtsextremismus haben wir es mit einer neuen Qualität zu tun".

Ebenfalls Ende 1992 kommt Generalbundesanwalt Alexander von Stahl zu einer ganz anderen Einschätzung:

"Rechtsterroristische Strukturen kann ich...bisher nicht erkennen"; im übrigen fehlten "zureichende tatsächliche Anhaltspunkte dafür..., daß Ziel und Zweck... die Begehung besonders schwerer Straftaten" sei, was für eine "terroristische Vereinigung" Voraussetzung ist (taz-Interview). Angesichts von Mord und Totschlag, von schwerer Brandstiftung und Volksverhetzung eine gewagte "These". Da verwundert es nicht, daß auch die Gerichtsurteile gegen die neonazistischen Totschläger und Terroristen - zumindest bis zu den Möllner Morden - erstaunlich milde ausgefallen sind. Nicht immer dürfte sich dies allein mit der Jugendlichkeit der versoffenen Täter ("Saufbrüder") erklären lassen, die angeblich in erster Linie wegen sozialer Perspektivlosigkeit, aus reinem Frust oder purer Langeweile brandschatzen und morden. So viel Verständnis wurde linksorientierten Straftätern selten zuteil. Da waren in 129a-Strafverfahren Generalstaatsanwalt und Gerichte schnell bereit, wegen Mord oder Mordversuchs anzuklagen bzw. zu verurteilen, selbst wenn dem oder der Angeklagten keine unmittelbare Tathandlung nachzuweisen war und lediglich Indizien vorlagen; die herrschende Kollektivitätsthese, die traditionell gegen links gilt, machte es - im Zusammenhang mit dem Organisationsdelikt § 129a StGB - möglich. Und rechts stehen demgegenüber die mehr oder weniger isolierten Einzeltäter, bei denen gezielte Tötungen von Ausländern, etwa mit Messern oder Baseballschlägern, häufig noch nicht mal als Mord oder Totschlag gewertet werden, sondern - wie im Fall des von Skinheads getöteten Angolaners Antonio Amadeu - schon mal als "jugendtypische Verfehlung" gedeutet und lediglich als Körperverletzung mit Todesfolge eingestuft werden. Einige Wochen Jugendarrest oder ein paar Monate Freiheitsstrafe für gefährliche neonazistische Straftaten sind keine Seltenheit.

Auffällig ist auch, daß neonazistische Gewalttäter, die Asylwohnheime in Brand gesetzt hatten, zum Teil lediglich wegen Landfriedensbruch und nicht wegen Mord- oder Totschlagversuchs verurteilt wurden (zumindest im Jahre 1992; inzwischen gibt es in solchen Fällen auch Ermittlungen und härtere Urteile wegen Mord/Totschlagversuchs).

Aus der deutschen Geschichte ist uns diese Tendenz zum staatlichen Handeln nach zweierlei Maß zur Genüge bekannt. Ob es, so muß man sich fragen, wohl auch damit zu tun hat, daß von dieser Art Terrorismus keine Gefahr für das staatliche Gewaltmonopol ausgeht, erklärtermaßen nicht? Schließlich huldigen die rechten Gewalttäter einem starken, autoritären Staat und den althergebrachten Feindbildern: Sie richten sich hauptsächlich gegen links-politische und soziale Minderheiten und Außenseiter, nicht etwa gegen Wirtschaftsmanager oder Staatsfunktionäre. Die staatlichen Gewalten, viele ihrer Vollstrecker und die herrschenden politischen Kräfte fühlen sich offenbar von rechts weniger bedroht, schon gar nicht in ihrer Substanz - eher, so hat es den Anschein, tatkräftig unterstützt in ihren (asyl-) politischen Zielvorstellungen. Allenfalls das schlechte Bild im Ausland scheint ernsthafte Probleme zu bereiten - werden die rassistischen Übergriffe doch bereits vor der UN-Menschenrechtskommission in Genf behandelt.

Der "starke Staat" steht rechts

Trotz unserer Diagnose einer signifikant unterschiedlichen staatlichen Behandlung von links- und rechtsorientierten Tätern soll hier nicht etwa für eine formale "Gleichbehandlung" oder gar für neuerliche strafrechtliche Verschärfungen plädiert werden, nur diesmal ausnahmsweise gegen rechts. Denn auch im Kampf gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus führt die Fixierung auf staatliche Institutionen und Maßnahmen in die Irre. Die Delegation dieses gesellschaftlichen Problems an Staat und Dritte Gewalt verhindert nicht nur eine radikale politische Aufarbeitung des Faschismus und eine engagierte Gegenwehr durch die BürgerInnen selbst, sondern sie befördert auch eine Sicherheitskonzeption, die der Bevölkerung vorgaukelt, sozialpolitische Konflikte könnten polizeilich und strafrechtlich "gelöst" werden. Dies ist eine Sicherheitskonzeption, die im übrigen wieder zielsicher gegen mißliebige politische und soziale Minderheiten losgehen kann. Und es besteht die Gefahr, daß der Rechtsruck, den wir in der Gesellschaft verzeichnen, auf staatlicher Ebene ergänzt, verstärkt und verfestigt wird: Denn der "starke Staat" mit seiner "law-and-order"-Ideologie steht tendenziell rechts.

Diese Feststellung spricht allerdings keineswegs gegen angemessenes polizeiliches und justitielles Eingreifen gegen neonazistische Gewalttäter - aber bitte schön nach rechtsstaatlichen Prinzipien und herkömmlichem Strafrecht. Bei konsequenter Anwendung und Ausschöpfung könnte damit endlich auch ein effektiverer Schutz der Gewalt-Opfer gewährleistet werden - vorausgesetzt, der politische Wille dazu ist vorhanden.

Knapp 7.200 Straftaten registriert

Die Zahl der rechtsextremistischen und fremdenfeindlichen Straftaten ist von 3.535 im Jahre 1991 auf 7.195 im vergangenen Jahr angestiegen. Von den knapp 7.200 Straftaten seien 6.336 fremdenfeindlich und 859 rechtsextremistisch motiviert gewesen, erläutert die Bundesregierung in ihrer Antwort (12/4440) vom 3. März auf eine Kleine Anfrage der SPD-Fraktion (12/4281). Nach diesen Angaben wurden 1992 acht Personen bei rechtsextremistischen Ausschreitungen getötet und 1.020 verletzt. 1991 seien vier Personen getötet und knapp 400 verletzt worden. Den Anteil der Sprengstoff- und Brandanschläge an den rechtsextremistischen Straftaten beziffert die Bundesregierung auf 8,8 Prozent für das vergangene Jahr.

Ihren Angaben nach konnten von den 6.336 fremdenfeindlichen Straftaten knapp 1300 aufgeklärt werden, was einer Quote von rund 20 Prozent entspreche. Etwa 60 Prozent der Tatverdächtigen, die im Zusammenhang mit den fremdenfeindlichen Straftaten ermittelt wurden, seien bisher nicht polizeilich in Erscheinung getreten. Die knapp 4.000 Tatverdächtigen, die im Zusammenhang mit fremdenfeindlichen Straftaten ermittelt wurden, sind zu fast 70 Prozent unter 20 Jahren alt, wie die Bundesregierung darlegt. Sie weist darauf hin, daß es 1991 im Bereich der Bundeswehr zehn und im vergangenen Jahr 53 Straftaten mit rechtsextremistischer Motivation gegeben habe.

(wib 5/93 — II/241)

Diskussionsveranstaltung mit Yessie Macchi (Uruguay)

Yessie Macchi ist Aktivistin in der 1965 von Raul Sendic gegründeten MLN-Tupamaros. Die Tupamaros kämpften bis zu ihrer militärischen Zerschlagung 1972 sowohl bewaffnet, als auch auf der legalen Ebene für eine sozialistische Gesellschaft in Uruguay. Nach der Niederlage 1972 wurden abertausende von GenosssInnen verhaftet und in den Kerkern und Knästen der Diktatur gefoltert.

Yessie Macchi hat in der Zeit vor der Diktatur im Untergrund gearbeitet. Sie ist mehrfach verhaftet worden. Es gelang ihr zweimal mit anderen Frauen zu fliehen. Yessie wurde als eine der Geiseln der Diktatur im Frauengefängnis Punta Rieles gefangengehalten. Zum Ende der Diktatur 1985 wurde sie mit allen anderen politischen Gefangenen Uruguays freigelassen. Die einstige Stadtguerilla konnte sich als legale politische Gruppierung 1985 reorganisieren.

Heute arbeitet Yessie Macchi überwiegend in dem von den Tupamaros betriebenen Radio CX 44 Panamericana. Das "Radio für die Leute" kann seit dem 19.Juni 1988 fast landesweit auf MW empfangen werden. Der marode Radiosender wurde damals mit der gesamten Belegschaft und sämtlichen Schulden von der MLN-Tupamaros übernommen.
Das Radio hat seit seinem Bestehen eine wesentliche Rolle bei der Mobilisierung und Organisierung einer breiten Volksbewegung gespielt. So konnte im Dezember 1992 bei einem Volksbegehren mit überwältigender Mehrheit die weitgehende Privatisierung von Staatsbetrieben vorerst gestoppt werden. Ein weltweit bisher einmaliger Erfolg.

Yessie organisiert die Auslandskontakte des Radios und ist verantwortliche Redakteurin der Frauensendung "Vamos Mujer" und für die Gewerkschaftssendung "De mano en mano".

Yessie Macchi befindet sich zur Zeit auf einer Rundreise durch die BRD. Sie hat an einem Seminar der IG-Medien teilgenommen und am IKX-Kongreß alternativer Radiogruppen aus ganz Europa in Freiburg.

Wir wollen mit Yessie zusammen eine Veranstaltung machen, auf der sie u.a. über die aktuelle politische Situation in Uruguay berichtet. Knapp ein Jahr vor den Präsidentschaftswahlen hat sich die ökonomische und politische Lage in Uruguay zugespitzt. Bedingt durch die neoliberale Wirtschaftspolitik der konservativen Regierung Lacalle, werden immer mehr Mendschen marginalisiert. So leben mittlerweile 15% der BewohnerInnen Montevideos (Montevideo zählt knapp 1,5 Millionen EinwohnerInnen) in Slums, Tendenz steigend. Bei einem Durchschnittseinkommen von 300-500 DM im Monat und Lebenshaltungskosten die ungefähr 70% des hiesigen Preisniveaus entsprechen, sind die meisten Menschen in Uruguay gezwungen, mindesten zwei Jobs nachzugehen, was 14 Stunden tägliche Arbeit bedeutet.
Die politische Situation stellt sich als ebenso dramatisch dar. Am 23. April 1993 wurde Rony Scarzella, ehemaliges Mitglied der Tupamaros und Aktivist des "Movimiento por la Tierra", einer der MLN nahestehenden Basisorganisation, durch einen Genickschuß hingerichtet. Die Täter blieben unerkannt. Die Art und Weise des Mordes und die darauffolgenden Drohungen gegen die Familie Ronys ließen jedoch darauf schließen, daß es sich bei den Mördern um Mitglieder der Todesschwadronen handelte. Die Todesschwadronen, bestehend aus Mitgliedern des Militärs, der Polizei und Zivilpersonen aus dem faschistischen Dunstkreis, hatten auch nach dem Ende der Diktatur ihr blutiges Handwerk nie ganz beendet. Hofften viele GenossInnen noch, daß es sich bei dem Mord an Rony um einen Einzelfall handelte, wurden sie kurze Zeit darauf eines besseren belehrt. Im Mai gab es neben Morddrohungen und Anschlägen weitere direkte Angriffe gegen Linke. Dabei wurde ein Mann getötet, ein weiterer schwer verletzt. Die Zunahme des Terrors gehen die Volksbewegung wird sicherlich ein Thema der Veranstaltung sein.

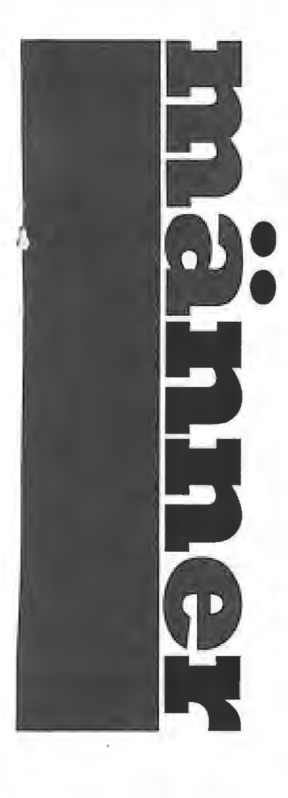


Veranstaltung am 7. Julium 20.00 Uhr in der Roten Flora

Vor der Diskussion mit Yessie wird es einen kurzen einführenden Diavortrag zur Geschichte der MLN-Tupamaros geben. Wer sich ausführlicher über Uruguay informieren möchte, kann im Schwarzmarkt eine sehr gute Informationsbroschüre käuflich erwerben.

Um das ökonomische Überleben von Radio Panamericana zu sichern, sind sie dringend auf internationale Solidarität angewiesen. Spenden könnt ihr auf:
AK Dritte Welt e.V. Gelnhausen, Kto. Nr. 1000 2800 bei der Ökobank Frankfurt (BLZ 500 901 00). Stichwort Radio Panamericana.







Profeministisches Männer–Medien–Archiv

Ende Juni eröffnet das Profeministische Männer-Medien-Archiv.
Gleichzeitig erscheint die erste Ausgabe des bundesweiten Männer-Rundbriefs, in dem das Archiv in regelmäßigen Abständen lesenswerte neueingegangene Texte dokumentieren wird. Wir veröffentlichen deshalb in dieser Ausgabe das Editorial des ersten Rundbriefs, in dem die Archiv-Männer sich selbst und ihr Projekt vorstellen.

EDITORIAL

Hallo, liebe Männer!
Jetzt geht es also tatsächlich los. Wir wollen in der ersten Ausgabe des Rundbriefs deshalb erstmal was zu unserem Selbstverständnis schreiben, wer wir so sind, was wir machen und was wir uns vom Archiv und vom Rundbrief versprechen.
Vielleicht sollten wir am besten damit beginnen, wer wir sind und was wir bisher gemacht haben, was also der aktuelle Stand unserer Arbeit ist.
Vor mittlerweile gut 3 Monaten entwickelten fünf Männer aus Hamburg die Idee, angesichts der zahlenmäßig nun doch etwas gestiegenen Zahl von Männercafes, Männergruppen und einzelnen Männern, die sich mit männerspezifischen Problemen auseinandersetzen, ein Männer-Medien-Archiv aufzubauen, um diese wachsende Zahl an Texten zu sammeln und an einem zentralen Ort zugänglich zu machen.
Wir sind Männer, die zumeist in mehr oder minder lockerer Form um das Hamburger Männercafe Döse organisiert sind und die sich nun schon seit längerer Zeit intensiver mit männerspezifischen Themen und Ansätzen beschäftigen.

Was haben wir in den letzten drei Monaten getan?

Wichtig für uns war, an den verschiedensten Punkten unser Selbstverständnis als Gruppe zu diskutieren. Das hat sich zum Teil an so banalen Fragen festgemacht wie der, ob Beiträge von Frauen, sofern sie von Belang sind für eine Auseinandersetzung unter Männern, im Archiv gesammelt werden sollen oder nicht. Es hat sich aber auch an der Frage festgemacht, was wir mit unserem "Projekt" (Archiv und Rundbrief) überhaupt erreichen wollen, was also unsere Ziele und unsere Erwartungen sind.
Die letzten Wochen haben wir dann vor allem mit dem Sortieren und Archivieren des Materials zugebracht, das sich über die Jahre im Männerordner des Hamburger Info-Ladens "Schwarzmarkt" angesammelt hatte. Die Ausbeute ist bescheiden, eine Liste des archivierten Materials findet ihr auf den folgenden Seiten. Wir glauben allerdings auch, daß dies eben zur Zeit die aktuelle Situation der "radikalen Männerbewegung" widerspiegelt.

Was haben wir vor?

Damit wären wir auch schon bei der Frage, was wir konkret vorhaben.
Die momentane Situation ist unserer pessimistischen Einschätzung nach (noch) geprägt von einem erheblichen Strukturdefizit. Es gibt in der Tat nahezu keine überregionalen Strukturen, in denen umfassend männerspezifisches Material gesammelt und ausgewertet wird.
Die Idee unseres "Projekts" ist die, bundesweit Material aus der "radikalen Männerbewegung" zu sammeln, zu archivieren und gleichzeitig mit dem Rundbrief ein Forum zu schaffen, das eine bundesweite Diskussion möglich macht.
Konkret heißt das, daß wir Beiträge und Material, das bei uns eingeht, sowohl archivieren als auch im Rundbrief dokumentieren wollen. Unsere Idealvorstellung ist die, daß eingegangenes Material nach bestimmten Diskussionssträngen zusammengefaßt und nach Schwerpunkten im Rundbrief veröffentlicht werden kann mit dem Ziel, ein Forum für eine bundesweite Diskussion zu aktuellen Themen zu schaffen. Die derzeitige Situation ist -wie schon bemerkt- dadurch gekennzeichnet, daß viele Gruppen Diskussionen führen und auch Texte veröffentlichen, zu denen anderswo auch diskutiert wird, die sich oft aber aufgrund einer fehlenden überregionalen Struktur nicht aufeinander beziehen können. Das soll anders werden.

Wie wollen wir das leisten?

Klar ist, daß ein Archiv nur dann Sinn macht, wenn es auch was zu archivieren gibt. Und auch im Rundbrief steht nur was drin, wenn uns neue Beiträge zugeschickt werden. Deshalb kommt an dieser Stelle nun ein

Aufruf an eure Mitarbeit!

Am idealsten fänden wir, wenn ihr -organisierte Männergruppen oder (noch) nicht organisierte Männer- uns eine Postkarte schicken würdet mit der Zusage, regelmäßig erscheinende lokale Blätter und Zeitungen nach männerspezifischen Beiträgen auszuwerten. Wir kommen hier in Hamburg nicht an alle lokalen Zeitungen ran und können deren Auswertung alleine auch gar nicht leisten.
Also, Männers, ran an die Arbeit und ab und zu mal einige lesenswerte Artikel an den Rundbrief geschickt! (Und nicht vergessen: wenn ihr das regelmäßig machen wollt, teilt uns das bitte mit, damit wir wissen, welche Arbeit wir uns sparen können.)
Nun aber zu unserem Teil der Arbeit. Da wir zur Zeit noch davon ausgehen, daß wir in den nächsten Monaten nicht von Papierbergen erschlagen werden, wollen wir euch an dieser Stelle ein Angebot machen. Wir bieten euch vorläufig und unter Vorbehalt an, schwer zugängliche Texte, die nicht im Rundbrief erscheinen, aber im Archiv vorhanden sind, gegen Vorauszahlung (in Briefmarken plus Porto) zu kopieren und euch zuzusenden. Diese Zusage wird sich allerdings an der Praxis noch bewähren müssen. Wir können es nämlich aus unserer Struktur heraus nicht leisten, bundesweiter Copy-Service für sicherlich lesenswerte Texte zu werden.

Zur Finanzierung

Viele von euch haben sich bei den Libertären Tagen in Frankfurt in eine Liste eingetragen mit dem Wunsch, den ersten Rundbrief zu erhalten. Einige haben fünf oder zehn DM gezahlt, andere haben sich nur in die Liste eingetragen. Einige wenige haben bislang einen ähnlichen Betrag auf unser Konto überwiesen. Allerdings ist auf der Liste nicht vermerkt, wer wieviel bezahlt hat. Wir haben im Moment in etwa soviel Kohle, daß wir allen, die auf der Liste stehen, den ersten Rundbrief zusenden können.
Wenn ihr nach dieser ersten Ausgabe Interesse am Rundbrief haben solltet, wäre es für uns organisatorisch am günstigsten, wenn ihr diesen für die nächsten fünf Ausgaben zum Preis von DM 25.- incl. Portokosten abonnieren würdet. Der Erscheinungsmodus soll ca. alle 2-3 Monate sein - also ca. 5 mal pro Jahr. Ihr könnt diesen allerdings auch einzeln bestellen, mit einer Postkarte und einer Überweisung von DM 5.- incl. Portokosten auf unser Konto.
Wir hoffen, daß unsere Entscheidung, den ersten Rundbrief an alle, die sich in die Liste eingetragen haben, zu verschicken und dafür die bisher eingegangene Kohle zu verwenden, für alle o.k. ist.
Neben der Finanzierung des Rundbriefs fallen für uns allerdings auch laufende Kosten für das Archiv an (Miete , Kopierkosten, etc.). Das bedeutet, daß wir zu einem gewissen Teil auch auf Spenden von euch angewiesen sind. Das müssen auch keine riesigen Summen sein, wir sind über jeden noch so kleinen Beitrag dankbar.

Zu unserem Namen:
Warum nennen wir uns "profeministisch"?

Über den Zusatz "profeministisch" haben wir längere Diskussionen geführt und auch von außen wurden schon einige Anfragen an uns herangetragen, warum wir uns *profeministisch* nennen und nicht etwa "antipatriarchal".
Diese Frage führt uns direkt zur politisch/ideologischen Einordnung unseres Projekts.
Wir halten die Bezeichnung *profeministisch* für alles andere als optimal für die politische Verortung eines Männerprojekts. Sie ist entstanden aus dem Bedürfnis nach Abgrenzung bzw. dem Bedürfnis nach einer Standortbestimmung in einer Fülle von "männerbewegten" Gruppen und Richtungen, von denen die meisten sicherlich nicht einer "radikalen Männerbewegung" zuzuordnen sind, deren Entstehen oder Anwachsen -je nach momentaner Einschätzung- wir uns als längerfristiges Ziel wünschen.
Wir verstehen uns als Teil einer Männerbewegung, die die bestehenden patriarchalen Verhältnisse "radikal" in Frage stellt in dem Sinne, daß es unserer Meinung nach nicht genügt, sich als "bewegter" Mann mit sich und seinen männlich patriarchalen Anteilen auseinanderzusetzen (womöglich noch, um "mit Frauen oder seiner Beziehung wieder besser klarzukommen"). Um Mißverständnissen vorzubeugen, wir begrüßen eine solche Entwicklung von Männern auf's Freudigste. Wir sind allerdings der Auffassung, daß eine solche Auseinandersetzung mit den eigenen männlichen Strukturen nicht mehr als ein erster

Schritt, eine Voraussetzung sein kann auf dem Weg zu einem Verhalten, das auch die patriarchalen Strukturen der Gesellschaft erkennt, diese kritisiert und sie zu verändern hilft.
In diesem Sinne verstehen wir uns als *profeministisch*, als solidarisch mit den Forderungen und Zielen von Frauen, die patriarchale Vergesellschaftung zu bekämpfen.
Profeministisch bedeutet also nicht, daß wir uns in irgendeiner Art und Weise feministischer Methoden oder Ansätze bedienen wollen- was wir als Männer ja auch gar nicht können- sondern es bedeutet vielmehr, daß wir gerade eigene männerspezifische Ansätze entwickeln und forcieren wollen, die mit feministischen Forderungen und Ansätzen solidarisch sind. Dies impliziert natürlich, daß wir uns mit diesen feministischen Ansätzen sehr wohl auseinandersetzen wollen.

Wir meinen, daß dieser Anspruch der Solidarität mit feministischen Forderungen durch den Begriff *profeministisch* noch am ehesten widergespiegelt wird, wohingegen wir eine Bezeichnung wie "antipatriarchal" in der gegenwärtigen gesellschaftlichen Situation für vermessen halten würden. Außerdem scheint uns *profeministisch* als Abgrenzung von sich explizit "antifeministisch" nennenden "Männerbewegtem" geeigneter als irgendein anderer Begriff.
Unser Ziel ist es also, um es noch einmal zusammenfassend zu sagen, einen Beitrag zu leisten zum Aufbau einer "radikalen Männerbewegung", die aus "eigenen Bedürfnissen" heraus "eigene Ansätze" entwickelt, die solidarisch mit den Forderungen der feministischen Bewegung an einer Veränderung der Gesellschaft arbeitet, zumindest aber sich nicht kontraproduktiv zu diesen verhält.

Wir wollen an dieser Stelle noch darauf hinweisen, daß unsere Diskussion um die Bezeichnung *profeministisch* noch andauert und daß das Meinungsbild innerhalb der Gruppe bezüglich der Verwendung des Begriffs sehr heterogen ist.
Wir wollen deshalb im nächsten Rundbrief unsere Diskussion um die Begriffe *profeministisch* und *antipatriarchal* bzw. deren Gehalt, Aussagekraft und Verwendung dokumentieren und zur Disposition stellen und hoffen auf kritische Anregungen und Stellungnahmen.

Zuletzt zur Struktur des Archivs

Abschließend wollen wir noch ein paar Sätze zum Aufbau und zur Systematik des Archivs sagen. Nach längeren Diskussionen haben wir uns nun dazu entschlossen, nicht nur Beiträge von Männergruppen bzw. von Männern zu männerspezifischen Themen zu archivieren, sondern auch Texte von Frauen und gemischten Diskussionsgruppen, sofern sie Bezug nehmen auf Männer und Diskussionen von Männern. Das bedeutet, daß wir feministische Analysen und Texte, auch wenn sie inhaltlich in eine der Rubriken unserer Systematik -also beispielsweise Pornographie- passen, nicht archivieren, außer sie beziehen sich explizit auf einen Beitrag oder Aussagen von Männern oder Männergruppen zu diesem Thema.
Die gesammelten Texte werden also nach dem Kriterium Männerbeitrag, feministischer Beitrag oder Beitrag aus einer gemischten Diskussion unterschieden. Beiträge aus gemischten Diskussionen können allerdings durchaus auch spezifische Männerbeiträge enthalten, die sich auf diese Diskussion beziehen. Alle drei Bereiche sind dann jeweils nach folgender Themensystematik untergliedert:

- *Männerbewegung allgemein*
- *Männergewalt/Vergewaltigung/Sexismus*
- *Sexualität/Zwangsheterosexualität*
- *Patriarchatsdiskussion*
- *Antimilitarismus*
- *Rassismus/Klassenwiderspruch/Sexismus*
- *Schwule*
- *Pornographie*
- *Pädagogik*
- *Broschüren*
- *Plakate*

Es versteht sich von selbst, daß diese Systematisierung eine vorläufige ist, die sich an der Praxis bewähren muß und mit ihr weiterentwickeln wird. Um Anregungen über mögliche Defizite oder Verbesserungsvorschläge sind wir äußerst dankbar.

Diese kurze Darstellung unserer Ideen und des aktuellen Standes soll für's erste genügen. Wir werden selbstverständlich versuchen, euch in jedem Rundbrief über aktuelle Veränderungen und Weiterentwicklungen auf dem Laufenden zu halten.

In diesem Sinne, mischt euch ein, bringt Vorschläge, übt Kritik und vor allem: schickt eure Diskussionsbeiträge, Artikel oder was ihr sonst für veröffentlichungswert haltet, etwa Termine, an unsere Postadresse:

Profeministisches Männer-Medien-Archiv
c/o Schwarzmarkt
Kleiner Schäferkamp 46
2000 Hamburg 36
(Neue Postleitzahl: 20357)

Das **Archiv** selbst befindet sich im:
Cafe' Döse
Bartelstr.10
2000 Hamburg36

Die Öffnungszeit des Archivs ist vorerst Dienstag von 15-19 Uhr.

Der Rundbrief des Profeministischen Männer-Medien-Archivs kann bestellt werden durch Zusenden von DM 5.- incl. Porto in Briefmarken oder eine Überweisung des Betrags bzw.der Abo-Beiträge auf das Konto

Christian Reichert
c/o Rundbrief
Hamburger Sparkasse
Konto-Nr.: 1201475702
BLZ: 200 505 50

Spenden für die laufenden Archivkosten auf dasselbe Konto sind ebenfalls herzlich willkommen. Kennwort: Archiv.

Vergeßt bitte das Mitsenden eurer neuen Postleitzahl nicht, sonst schieben wir eine Nachtschicht nach der anderen!!!

Wir wünschen euch nun viel Spaß beim Lesen und sind voller Erwartung auf die uns (hoffentlich) überhäufende Papierflut!?

Die Archiv-Männer

ÖFFNUNGSZEITEN:
Dienstag 15 – 19 Uhr im Café Döse
anschließend Männercafé

Vergewaltigung wo unsere Wahr

Am 18.5.93 fand im Männer-Cafe' des Cafe' Döse eine Diskussionsveranstaltung zum Thema Vergewaltigung statt. Bezugnehmend auf die aktuelle Auseinandersetzung um Vergewaltigung diskutiert der nachfolgend abgedruckte Redebeitrag, mit dem die Veranstaltung eröffnet wurde, vor allem auch die Möglichkeiten und Perspektiven einer "Tätertherapie". Dieser in der Männerdiskussion bisher vernachlässigte Bereich eröffnet der aktuellen Debatte neuen Raum.
Verfaßt wurde der Redebeitrag vor dem Hintergrund einer bekanntgewordenen Vergewaltigung in der "Jägerpassage" und der daraufhin begonnenen Diskussion um den Umgang mit "Tätern".

"Vergewaltigung fängt da an wo unsere Wahrnehmung aufhört"

Nicht "Nein heißt Nein" sondern "Nicht ja heißt Nein"[1]. Vergewaltigung fängt früher an als bei offener, direkter, körperlicher Gewalt. Grenzen von Frauen werden dabei erstmal nur von der jeweiligen betroffenen Frau bestimmt. Grenzverletzungen, sprich Vergewaltigungen, auch.
Natürlich gibt es Unterschiede bei Vergewaltigungen. Das Spektrum männlicher Gewalt reicht von Anglotzen und Anmache bis zur Vergewaltigung mit Penetration und anschließendem Mord. All diese Gewaltformen haben jedoch einen gemeinsamen Ursprung. Und der liegt in der männlichen Sozialisation.

Vergewaltigungen entstehen weder aus einer besonderen Triebhaftigkeit, noch aus der "Natur des Mannes" heraus. Sondern Vergewaltigungen sind die logische, zwingende Konsequenz der Erziehung zu einer von patriarchalen Werten definierten Gesellschaft. Das Machtmonopol des Mannes macht uns Männer zu Tätern. Unsere Definierung über männliche Werte.
Stärke, Potenz, Besitz und Erfolg sind unser scheinbares Lebenselexier. Stärke kann hierbei durch das dicke Bankkonto ebenso wie durch die Lederjacke verkörpert werden..
Potenz durch die Vergewaltigung auf der Straße ebenso wie durch ständig wechselnde Beziehungen zu Frauen, die natürlich alle möglichst mager und hübsch, sprich kindlich, sein müssen.

Wir Männer haben alle in irgendwelchen Formen schon Grenzen von FrauenLesben überschritten. In diesem Sinne sind wir auch alle Vergewaltiger. Sicher, es gibt qualitative Unterschiede. Anglotzen, Anmache, nicht Ja heißt Nein. Aber dies ändert nichts daran, daß wir über das Thema Vergewaltigung auch als Täter reden müssen.
Im Zweifelsfall stellt sich uns sogar die Frage woher wir denn wissen wollen (wahrnehmen), ob wir schon vergewaltigt haben oder nicht.

Wir haben, und zwar alle. In unterschiedlichen Formen, unterschiedlich gewalttätig, vor Selbstbewußtsein strotzend, drängelnd, oder ängstlich unsicher. Der Außenseiter vergewaltigt anders als der Scenestar. Der Mann auf der Straße anders als der im Ehebett.
Wir bewegen uns bei unserer Sexualität mit Frauen ständig an deren Grenzen entlang. **Und solange männliche Sexualität ein Machtfaktor ist und wir es nicht wollen oder schaffen, aus der uns**

fängt da an,
nehmung aufhört

ansozialisierten Männerrolle auszubrechen, solange werden wir auch immer wieder Grenzen von FrauenLesben verletzen.

Die Vergewaltigungen in Kriegen oder auf der Straße sind "nur" die Spitze männlichen Machtanspruchs und männlicher Gewalt. Die Täter scheinen uns "nur" von der Praxis her fremd, von der Theorie her sind sie uns ähnlicher, als uns lieb ist.

Männer zweifeln Vergewaltigungen an. Für Männer ist eine Vergewaltigung nur im Sinne des Paragraphen eine "richtige" Vergewaltigung. Nur wenn sich das Opfer "richtig" wehrt, der Typ aus Nacht und Nebel kam, und der Schwanz so "richtig" in der Vagina war, erst dann ist es auch eine "richtige" Vergewaltigung[2].

Nur wenn gewisse "Leistungsmerkmale" vorhanden sind, wird etwas als sexuelle Gewalt, als Vergewaltigung, wahrgenommen. Die Frau als Hindernis, das bezwungen werden muß, der Mann, der nur mit dem Schwanz etwas Sexuelles vollbringt. Alles andere nur so eine halbe Vergewaltigung? Waren die Schmerzens- gar Lustschreie und Frau nur "allzu bereit" für soviel "Manneskraft"? Hat sie den Mann am Ende gar zur Vergewaltigung gezwungen? NEIN::
Sowas würden wir linken Männer doch nie denken. Da weiß Mann jetzt sogar schon, daß es sowas wie Vergewaltigung in der Ehe gibt. Aber Ehe war ja noch nie was für uns. Lieber alle zwei Wochen ne Neue als sowas festes, zwanghaftes mit Verpflichtungen, gell. Am besten mit zwei Frauen gleichzeitig von wegen freier Sexualität und so. Ansich würden wir ja auch mit Männern. Aber das is halt nich so unser Ding. Aber natürlich ham wir nix dagegen wenn Männer untereinander..........[3]

Der Mann ist sozial und sexuell ein Idiot. **Vergewaltigende Außenseiter, die aus dem sozialen Rahmen fallen, sind nichts anderes als schöne, angesagte Scenemänner**, die eine schöne, sprich kindliche Frau nach der anderen abschleppen. Sie haben nur andere Vorbedingungen. Aber **eine Männertherapie brauchen beide**

Männer vergewaltigen da, wo sie Bedürfnisse von FrauenLesben außer acht lassen. Männer vergewaltigen, wenn sie Vergewaltigungen anzweifeln, Frauen nicht ernst- oder als Sexobjekte wahrnehmen. Das ist wichtig für die Frage: "Wie gehen wir mit Tätern um?".
Denn die muß dann auch heißen, wie gehen wir mit uns um.

Ohne eine weitere Auseinandersetzung von uns Männern, unter uns, ist eine weitere Beschäftigung von uns mit Vergewaltigern sinnlos. Nur wenn es auch Männerstrukturen gibt, kann eine Auseinandersetzung mit Tätern sinnvoll sein.

Wenn wir nicht lernen, erstens selbst keine Gewalt gegen FrauenLesben mehr auszuüben, und es zweitens nicht schaffen, unter uns Männern einen wärmeren, liebevolleren Umgang zu entwickeln, dann werden wir letztlich auch keine Grundvoraussetzung für eine Täterarbeit haben.
Der Vergewaltiger wird im Unterschied zu uns lediglich seine (und unsere) Männerrolle nur konsequenter als wir ausgelebt haben. Oder im Unterschied zu uns schon entdeckt sein.

Je nachdem, welche Form von Vergewaltigung begangen wurde, ist auch das Verhalten von Männern bestimmt.
Natürlich ist es einfach, einen Hardcorescenemacker, der eine Frau überfallen hat (und der am besten noch relativ unbeliebt ist), aus der Scene zu schmeißen. Für die Scene ist mit der Aus- und Abgrenzung des Täters dann ja meist auch das Problem erledigt
Der Täter war dann ja meist eh "schon immer anders drauf" gewesen, und irgendwelche Macken, die eigentlich den scenetypischen Alltag beschreiben, werden dann zu seinem rein persönlichen Charakterzug. Und mit der Scene ansich hat das dann ja nix mehr zu tun.

Um nicht mißverstanden zu werden. Ich finde Männer müssen aus gemischten Räumen und Zusammenhängen rausfliegen, wenn FrauLesbe dies fordert. Aber für Männer sieht das anders aus, die ham sich gefälligst weiter mit dem jeweiligen Mann auseinanderzusetzen.

Je weniger deutlich jedoch eine Vergewaltigung war, desto mehr wird sie angezweifelt. Im Zweifelsfall werden Frauen, die Vergewaltiger in solchen Fällen "outen", als hysterisch oder gar faschistoid bezeichnet.
Ist ja auch klar. Je mehr sich die Heftigkeit einer Vergewaltigung senkt, desto mehr bzw. desto eher sind wir ebenso Täter wie der entlarvte Vergewaltiger. Da Männer ihre alltägliche Männergewalt als normal hinnehmen, zweifeln diese dann an der moralischen Integrität der Frauen.
Zwischen diesen beiden Formen der Nichtauseinandersetzung, der Aus- und Abgrenzung vom Täter und dem Anzweifeln, ist noch eine Menge Spielraum für Männer, um sich vor einer Auseinandersetzung zu drücken.

Solches Verhalten liegt denn auch genau andersrum als unser Handlungsspielraum bestimmt ist. **Denn je näher uns ein Täter mit seiner Tat und/oder seiner Auseinandersetzung darum ist, desto mehr Möglichkeiten haben auch wir mit unserer Auseinandersetzung mit ihm.**
Auseinandersetzung solllte dabei nicht heißen, ihn an den Pranger zu stellen, sondern mit dem Täter sein und unser alltägliches Verhalten aufzuarbeiten.



Je krasser die Vergewaltigung ist, desto schwerer wird auch eine Auseinandersetzung mit dem Täter. Desto mehr muß eine bestimmte Form von Nähe zum Täter schon vorhanden sein. In einem solchen Fall fällt es zumindest mir schwer, Nähe aufgrund ähnlicher männlicher Erfahrungen herzustellen.

Denn trotz aller Mittäter- und Täterschaft von mir ist ein Mann, der zB. Nachts auf der Straße eine Frau überfällt, letztlich doch immer noch meilenweit von meinen Wahrnehmungen und Verhalten entfernt. Handlungsspielraum kann sich hierbei nur da ergeben, wo der Täter seinen alltäglichen Sexismus wahrnimmt und sich zu verändern sucht. Wobei wir Männer dann auch gefordert sind, solche Männer an diesem Punkt zu unterstützen.

Vergewaltiger die kein Interesse an einer Aufarbeitung ihres Verhaltens haben, sollten von uns durchaus offensiv mit ihrer Tat konfrontiert werden. **Was aufs Maul hauen, oder Steckbriefe sind dabei Kampfformen, die FrauenLesben vorbehalten bleiben. Wir Männer sind da gefordert, eigenständige Kampfformen zu entwickeln.** Aber das ist eine andere Sache.

Ziel sollte bzw. muß aber sein, daß die Auseinandersetzung mit Sexismus schon vor der Vergewaltigung anfängt. Daß es in unserem Leben, und im Leben unserer Freunde und Bekannten keine Gewalt gegen FrauenLesben mehr gibt. Letztlich mit der Perspektive, Gewalt gegen FrauenLesben und Sexismus in der gesamten Gesellschaft abzubauen.
Nicht die Betreuung des Vergewaltigers, sondern die allgemeine Thematisierung von Sexismus durch uns in unserem Umfeld muß im Vordergrund stehen. Denn diese frauenfeindliche Stimmung macht Vergewaltigungen erst möglich, bzw schafft diese.

Unser Verhalten sollte davon bestimmt sein, daß es keine Vergewaltigungen mehr gibt, erst dann ist unsere Arbeit mit Vergewaltigern, bzw mit uns, erfolgreich. Und dann wird sich auch das Verhalten unter uns Männern geändert haben müssen. Und damit wiederum wären wir auch einen konkreten Schritt in Richtung einer HERRschaftsfreien Gesellschaft gegangen.
Solange jedoch müssen bei unserem Verhalten immer erst die Forderungen der jeweils betroffenen FrauenLesben stehen, und erst dann können wir uns um die Täter, bzw. um uns kümmern.

Ist es richtig Tätern die Forderung nach einer Therapie zu stellen?

1.) Therapien sind nur erfolgreich wenn der Täter diese auch will. Andererseits ist es ja auch ok Prozeße von außen anzuschieben.

2.) Therapien können kein soziales Netz ersetzen. Ist es von daher richtig einen Mann, dem ein solches Netz, das auf Nähe und Vertrauen aufbaut fehlt, in die Therapie zu schicken? Wird somit das Problem, bzw der Täter nur anders weggeschoben als sonst? Eine Auseinandersetzung mit dem Täter durch uns ist eine unbedingt notwendige Begleitmaßnahme zu einer Therapie. Kann eine solche Auseinandersetzung, ohne ehrliche, persönliche Beziehung zum Täter überhaupt laufen?

3.) Therapien sind HERRschaftserhaltend, scheinbar "Kranke" sollen geheilt, und der Arbeitswelt wieder zugeführt werden. Menschen sollen in den kapitalistischen und patriarchalen Zwängen

funktionieren. Hinzu kommt, daß die herrschende Psychologie individualistisch argumentiert. Nicht das System schafft den Vergewaltiger, sondern seine Schwäche im Berufsleben und seine Unfähigkeit, seine Sexualität "normal" durchzusetzen, sind dort scheinbar der Wurzel Kern. So soll der Mann in die gesellschaftlich aktzeptierte Männer(gewalt)gesellschaft zurückgeführt werden. Soll bürokratisierten Formen der Vergewaltigung ,wie zB. der Ehe oder der Prostitution nachgehen. Soll als richtiger Mann, der sich durchzusetzen weiß, der Arbeitswelt wieder zugeführt werden.

Das System funktioniert durch die HERRschaft, bzw. das Machtmonopol der Männer. Es wird sich seine Soldaten nicht zu Systemfeinden therapieren lassen.

Bestes Beispiel hierzu ist die Geschichte des Heidelberger Sozialistischen Patientenkollektivs (SPK). Über PatientInnenkollektive ohne Hirarchien, wie Ärtzte und Ärtztinnen, sollten die PatientInnen sich selbst "heilen". Sollten den Ursprung ihrer Krankheit im System sehen lernen, und im Kampf gegen die gesellschaftlichen Normen gesunden.
Das SPK Büro wurde 1971 von mehreren 100 Bullen mit Hubschraubern und Maschienenpistolen geräumt und InitiatorInnen und PatientInnen zum Teil für lange Zeit in den Knast gebracht.[4]

Sicher, das SPK hatte auch viele weiße Flecken. So begründete es sich aus einer eher antikapitalistischen Haltung, und zB. Sexismus wurde nicht bzw. kaum thematisiert. Aber dieses Beispiel zeigt, wie dieser Staat mit unseren Versuchen, selbstbestimmte Therapieformen zu schaffen, umgehen wird. Sobald diese wirklich gefährlich werden, wird er versuchen, sie zu zerschlagen. Ist unter diesem Hintergrund die Forderung nach Therapieplätzen für Vergewaltiger politisch richtig? Bzw. auf einem solchen Weg durch die Institutionen umsetzbar, oder müßten nicht eigentlich sowas wie unabhängige Therapiegruppen geschaffen werden?

Wir müssten uns und alle anderen Männer von Soldaten zu Systemfeinden therapieren. Uns über den Weg der Verweigerung mänlicher Werte neue Zusammenlebensformen erschließen.

Und das ist schwer. Denn nicht nur in bürgerlichen Medien werden Männer, die aus männlichen Werten ausbrechen wollen, verhönt. Auch in unserer Scene werden Männer mit dem Kampfbegriff Softie belächelt, und wird alles unmännliche mit schwächlich gleichgesetzt.
Männerverhalten zu ändern heißt auch, in der Hierarchie der Linken tiefer zu sinken. **Unsere Ängste vor Veränderung sind nicht irreal, sondern realer Ausdruck dafür, daß wir uns erst mit Männermacht unseren Platz in der sozialen Hierarchie erobert haben.** Nun müßen wir, wenn wir unser Verhalten ändern wollen, Angst haben, in dieser Hierarchie zu sinken. Denn auf Hierarchien sind unsere Beziehungen aufgebaut.

[1] Von Berliner Männern in der "Interim 223" so verwendet im Artikel " Das Schweigen der Männer".

[2] So wird zb erzwungener Oralverkehr vor Gerichten als Nötigung und nicht als Vergewaltigung verhandelt.

[3] Das soll jetzt keine Aufforderung zur Monogamie sein, sondern lediglich aufzeigen, das Promiskuität in den bestehenden Verhältnissen auch eine Form von Männergewalt darstellen kann.

[4] Quelle: "SPK- Aus der Krankheit eine Waffe machen" Erschienen bei KRRIM - Selbstverlag für Krankheit Postfach 10 34 64, 6900 Heidelberg

MÄNNER-CAFÉ IM CAFÉ DÖSE

Am 25.5.93 sollte im Männer-Cafe der Film "Bankrotterklärung: Mütter in der Szene" gezeigt werden. Der Film ist zum einen aufgrund technischer Schwierigkeiten, aber auch wegen der Grundgesetzentscheidung in Bonn ausgefallen. Er wird in den nächsten Wochen im Cafe' gezeigt werden.

Forschungsstelle mit Doppelnamen am Schulterblatt

Die Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg ist in das ehemalige Mont-Blanc Verwaltungsgebäude am Schulterblatt gezogen. Im Institut, das seit 1992 von dem Zeithistoriker Ulrich Herbert geleitet wird, sind zwei Forschungseinrichtungen miteinander verzahnt: Einerseits die "Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg", die sich, wie der Name schon sagt, der Erforschung des Nationalsozialismus aus vorwiegend sozialgeschichtlicher Sicht widmet. Ziel und Motivation der Forschungsstelle ist es, den Nationalsozialismus nicht aus der deutschen Geschichte zu isolieren, sondern genauso seine langfristigen politischen, ideologischen, sozialen und wirtschaftlichen Voraussetzungen, wie den Antisemitismus und die völkische Bewegung, zu untersuchen. Ebenso sollen die personellen und strukturellen Kontinuitäten zwischen dem Dritten Reich und der Bundesrepublik berücksichtigt werden. Ein Schwerpunkt des Instituts ist die Geschichte Hamburgs während des Nationalsozialismus. Um einer "Lokalfixierung" vorzubeugen, wird Wert darauf gelegt, die regionale Geschichte der Hansestadt im Kontext der generellen Entwicklung in Deutschland zu erforschen.
Ein neuer Bestandteil der Forschungsstelle ist die "Werkstatt der Erinnerung", die von dem 1990 gestorbenen damaligen Leiter der Forschungsstelle Detlev J.K. Peukert konzeptionell entworfen wurde. Im Sinne der "oral history" wird hier von inzwischen drei wissenschaftlichen MitarbeiterInnen nach überlebenden Opfern des Nationalsozialismus gesucht, Interviews mit ihnen geführt und diese, zusammen mit Materialien der ZeitzeugInnen wie Tagebüchern oder Fotos, archiviert. Die Interviews sollen, teilweise mit audiovisuellen Mitteln, aufbereitet werden um sie dann einer breiteren Öffentlichkeit zur Verfügung stellen zu können. Die "Werkstatt der Erinnerung" ist mit Geschichtswerkstätten und Projektgruppen vernetzt und hofft, in der Zukunft zu einer Art "Koordinations- und Servicestelle" für Interviews zum Thema Nationalsozialismus und Nachkriegszeit werden zu können. Das jedoch hängt von der weiteren Finanzierung des Projekts ab, die bisher nur bis 1995 gesichert ist.

Die andere Einrichtung, die jetzt drei Stockwerke über dem Penny-Markt residiert, ist die Hamburger Bibliothek für Sozialgeschichte und Arbeiterbewegung. Sie beschäftigt sich mit der Sozialgeschichte Deutschlands seit der Entstehung der Arbeiterbewegung. Von ihr gingen verschiedene Arbeiten über die Geschichte der Hamburger Gewerkschaften, der SPD und der KPD aus.


April 1915 Heft 1

Die Internationale

Eine Monatsschrift für Praxis und Theorie des Marxismus

Herausgegeben von
Rosa Luxemburg und Franz Mehring.

Inhalt des Heftes

Zur Einführung.
Der Wiederaufbau der Internationalen. Von Rosa Luxemburg.
Wer zahlt die Kriegskosten? Von Johannes Kämpfer.
„Sozialismus wohin wir blicken.“ Von Paul Lange.
Unsere Frauen und der nationale Frauendienst. Von Käte Duncker.
Für den Frieden. Von Klara Zetkin.
Aus den Parlamenten:
1. Der Riß in der preußischen Landtagsfraktion. Von Heinrich Ströbel.
2. Die Zersetzung der Reichstagsfraktion.
Die Geheimlehre und der Mythus. Von A. Thalheimer.
Unsere Altmeister und die Instanzenpolitik. Von Franz Mehring.
Literarische Rundschau.

Preis 30 Pfg.

Verantwortlich für Verlag und Redaktion: Peter Berten; Druck von A. Gerisch & Co., G. m. b. H., beide Düsseldorf.

Umschlagseite der von der Gruppe „Internationale“ herausgegebenen Zeitschrift

Die Präsenzbibliothek beider Institute ist öffentlich zugänglich und umfasst, entsprechend der Arbeitsgebiete, drei große Teilbereiche: Eine Abteilung über die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung, eine andere über den Nationalsozialismus und eine übergreifende allgemeine Abteilung. Die Bibliothek ist sehr umfangreich und birgt manche Materialschätze: Hier finden sich etwa die zentralen Organe der Arbeiterparteien und der Gewerkschaften seit Ende des 19. Jahrhunderts, außerdem eine Reihe seltener Zeitungen und Zeitschriften, die von Ausgaben der Berliner "Roten Fahne" (zwischen 1918 und 1933), über die "Sozialistischen Monatshefte" (zwischen 1901 und 1932) bis zur Hamburger Friseurgehilfen-Zeitung (1903-1926) reichen. Für die Bibliothek gibt es zwar keinen Schlagwortkatalog, aber eine übersichtliche Systematik, mit deren Hilfe die gesuchte Literatur rasch gefunden werden kann. Die Zeitungsausschnittsammlung, die vom HWWA (Hamburger Weltwirtschaftsarchiv) übernommen wurde, ist dagegen mit einem Schlagwortkatalog erfasst. Leider wird größtenteils nur der Zeitraum zwischen 1945 und 1960 abgedeckt. Doch wer beispielsweise Meldungen über die "Entnazifizierung", die sogenannte "Wiedergutmachung" oder rechtsradikale Organisationen während der fünfziger Jahre sucht, wird hier sicher fündig. Allein zum Schlagwort "Rechtsextremismus" gibt es ca. 30 Ordner.

Das eigentliche Archiv beider Institute umfasst unter anderem reichliches Material über Gewerkschaften und über die SPD, wurden doch das DGB-Archiv und Teile des SPD-Hamburg-Archivs für die Zeit nach 1945 der Forschungsstelle gestiftet. Außerdem werden im Archiv verschiedene private Nachlässe verwahrt, wie etwa das "Archiv Hans Schwarz", eine große Sammlung des verstorbenen Generalsekretärs der "Amicale Internationale de Neuengamme" von Dokumenten und Zeitzeugenberichten über das ehemalige KZ.

Sollte das Auffinden von Material in der Bibliothek oder im Archiv Schwierigkeiten bereiten, gibt es eine freundliche Auskunft, die vielleicht weiterhelfen kann, einen Weg durchs Dickicht der Bücherschlangen, Aktenordner und Papiertürme zu schlagen.

Und wem nicht eigentlich nach konzentriertem Lesen oder dem Wühlen in alten Akten ist, sondern mehr nach Herumblättern, der kann dies in den jeweils aktuellen Ausgaben der im Lesesaal ausliegenden historischen und sozialwissenschaftlichen Zeitschriften tun.

Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg und Hamburger Bibliothek für Sozialgeschichte und Arbeiterbewegung
Schulterblatt 36, 2 Hamburg 36, Tel.: 4123-5532
Öffnungszeiten der Bibliothek: Mo-Do 9.30-17 Uhr; Fr 9.30-14 Uhr
(Buchausgabe 3mal täglich)

Jüdischer Widerstand in der Zeit des Faschismus

Nachdem in den letzten Jahrzehnten, zumindestens in deutscher Sprache, sehr wenig über den jüdischen Widerstand in der Zeit des Faschismus in Europa veröffentlicht wurde, liegen nun etliche Publikationen vor, die das vorherrschende Bild der "wie die Schafe zur Schlachtbank laufenden Juden" revidiert.
Selbst renommierte jüdische Historiker wie Raul Hilberg ("Die Vernichtung der europäischen Juden") ignorieren den jüdischen Widerstand fast völlig.
Aus bundesdeutscher Sicht ging dies oft soweit, daß das Täter-Opfer-Verhältnis umgedreht wurde, frei nach dem Motto, wenn sich die Juden mehr gewehrt hätten, wären nicht so viele umgebracht worden. Eine Quasi-Legitimation der Täter.
Auch in Osteuropa erfreute sich das Thema keiner großen Beliebtheit, da der jüdische Widerstand in Polen und den besetzten Gebieten der SU, insbesondere den baltischen Staaten, sich nicht nur gegen die deutschen Faschisten, sondern auch gegen die mit den Deutschen kollaborierenden Polen, Letten, Esten, Litauer und Ukrainer behaupten mußte.
Der in diesen Ländern und Republiken festverankerte Antisemitismus führte oftmals zu einer zweifachen Ghettoisierung der jüdischen Bevölkerung und einer mangelnden, bis gar keiner Unterstützung durch die Bevölkerung und die nationalen Widerstandsbewegungen (in Polen die "Heimatarmee"). Im schlimmsten Fall wurden Juden auf der Flucht denunziert oder von Partisanen ermordet.
Darüberhinaus waren die "Juden", geausowenig wie Christen, eine homogene Gruppe an sich. Assimilierte Juden in Westeuropa, sogenannte Ostjuden, Reiche, Arme, Nationale, Sozialdemokraten (Bundisten), Sozialisten, Kommunisten, Linkszionisten, Revisionisten, Zionisten usw. hatten vor der Subsumierung durch die faschistischen Rassegesetze unter dem Begriff Jude wenig miteinander zu tun.
Außerdem war die Vernichtungspolitik der Nazis für viele von der Verfolgung bedrohte Juden in ihrem Ausmaß unvorstellbar und verhinderte früheren militanten Widerstand. Es war eben kein Pogrom, wie es oft in der jüdischen Geschichte vorgekommen ist, sondern die geplante "Endlösung der Judenfrage" und die hieß ausnahmslos Vernichtung. Menschlich verständlich das viele dachten, es würde schon irgendwann vorübergehen und einen selbst nicht treffen. Zudem sollte der Aggressor durch Widerstand nicht weiter angestachelt werden. Wenn wir heute wissen, daß die faschistische Vernichtungspolitik völlig unabhängig vom Verhalten der Juden bestimmt wurde, macht das die damalige Haltung der jüdischen Bevölkerung auch nicht kritisierbar.
Die Verbrechen der Nazis sind noch heute kaum vorstellbar und waren vorher in der Geschichte ohne Beispiel.



Jüdische Zwangsarbeiter

Daß es trotz dieser Ausgangssituatioen vielfachen jüdischen Widerstand gab, ist die große Leistung und der Vorwurf des mangelnden, bis nicht vorhandenen Widerstands ist eine Verhöhnung der KämpferInnen. Als Vergleich mag hier nur der deutsche militärische Widerstand herangezogen werden, der trotz exponierter Stellung eher kläglich scheiterte, zumeist aus Entschlußlosigkeit.

Jüdischer Widerstand im spanischen Bürgerkrieg

Schon vor Beginn des 2.Weltkrieges und des Holocaust leisteten viele Juden unterschiedlicher Nationalität im spanischen Bürgerkrieg Widerstand gegen den Faschismus. Hellsichtig sahen viele jüdische Organisationen, Publikationen und Einzelpersonen den spanischen Bürgerkrieg als Generalprobe des Faschismus für den Weltkrieg. Dies im Unterschied zu westeuropäischen Ländern und Amerika, die die Republik nicht nur kaum unterstützten, sondern sogar noch ein Embargo verhängten.
In Lustigers Buch "Shalom Libertad" wird die Rolle der jüdischen Spanienkämpfer gewürdigt.
Die Angaben über die jüdischen Kämpfer(Frauen kämpften fast nur am Anfang der Militärrevolte bewaffnet. Nach der Reorganisation der republikanischen Truppen, wurden sie, zwangsweise und oft gegen ihren Willen, fast ausnahmslos aus den kämpfenden Truppen entlassen), in den internationalen Brigaden schwanken zwischen 6- und 10000.
Die Schwankungen ergeben sich aus der Tatsache, daß viele Juden schon vor der Bildung der internationalen Brigaden in spanisch-republikanischen Verbänden kämpften (und starben), daß viele unerkannt in den jeweiligen nationalen Verbänden kämpften; keinen Wert auf ihre jüdisch religiös-ethnische Abstammung legten, da selbst Atheisten; sich als Internationalisten, verstanden die nach Spanien gingen; sich Pseudonyme zugelegt hatten um Repressalien nach der Rückkehr in ihre Heimatländer zu entgehen (Polen, USA).
Fest steht das jüdische Kämpfer/Krankenschwestern/Ärzte/Ingenieure in den nationalen Verbänden, gemessen an ihrem Bevölkerungsanteil in den Herkunftsländern oft stark überrepräsentiert waren (USA, England, Rumänien).
Nur aufgrund einzelner Einheiten und ihrer Zusammensetzung und der Herkunft ihrer Kommandeure in internationalen Einheiten läßt sich der Anteil der jüdischen KämpferInnen rekonstruieren.
So bestand die Kerneinheit der Thälmann-Gruppe bei Ausbruch der Kämpfe aus 13 Menschen, von denen 11 jüdischer Herkunft waren und nur 5 deutscher Nationalität.
D.h., der Begriff der deutschen Thälmann-Brigade, wie er auch gern in der DDR-Geschichtsschreibung unter Ignorierung des jüdischen Anteils benutzt wurde, ist mehr als wacklig.
Innerhalb der hauptsächlich polnischen Dombrowski-Brigade gab es die jüdische Botwin-Kompagnie.
Als Einzelbeispiele mögen hier stehen:
Max Friedemann, im Ruhrgebiet geboren immigrierte er 1934 als Jude nach Barcelona. Nach Ausbruch der Kämpfe war er 1.Kommandant der Thälmann-Gruppe. Nach der Flucht aus der Internierung in Frankreich leitete er als Francois Heuze eine Kampfgruppe der Resistance. Er kehrte nach dem Krieg in die DDR zurück.
Manfred Stern alias General Kleber, Kommandant der 11. Internationalen Brigade und einer der Helden der Straßenkämpfe in Madrid. Geboren als Österreicher jüdischer Religion. Nach der Gefangennahme im 1.Weltkrieg, Beteiligung auf bolschewistischer Seite am Bürgerkrieg, danach sowjetischer General. Fiel nach der Rückkehr aus Spanien der stalinistischen Säuberung zum Opfer.



General Kléber

Unter den Ärzten waren z.B. Maxim Zetkin, der Sohn von Clara Zetkin und der Bruder von Egon Erwin Kisch.
Die Listen der ÄrztInnen sind am besten erhalten:
Von 47 ÄrztInnen aus Polen waren 46 JüdInnen.
Von 33 ÄrztInnen aus den USA 21.
Von 48 Krankenschwestern aus den USA 25.
(Bei 4,7 Millionen Juden in den USA zu dieser Zeit und einer Gesamtbevölkerung von 144 Millionen!)
Der Beitrag jüdischer KämpferInnnen auf republikanischer Seite im spanischen Bürgerkrieg war also sehr hoch bis überproportional, auch wenn dies in den meisten Geschichtswerken über den spanischen Bürgerkrieg bewußt oder unbewußt geleugnet oder ignoriert wird.

Deutsch-Okkupierte Gebiete 1939-45

Viele der überlebenden jüdischen Spanien-Kämpfer wurden am Ende des Bürgerkrieges in Frankreich interniert, von wo sie teilweise flüchteten und nach dem Einmarsch der Deutschen ihren Kampf gegen den Faschismus in der Resistance, der FTPF-MOI (auf deutsch: Französische Freischärler und Partisanen-(Unterabteilung) Ausländische Arbeitskräfte) oder z.B. der Roten Kapelle fortsetzten (s. dazu Lustiger und Perrault).
Andere Spanienkämpfer, insbesondere aus Polen, kehrten in ihre Heimat zurück und kämpften nach Ausbruch des 2.Weltkrieges in den nationalen Widerstandsorganisationen, bei den jüdischen Partisanen oder den Ghettokampfgruppen (dazu Lustiger und Levi).





Hersch Sokol stammte aus Biolystok, seine Frau Mira aus dem Wilnaer Ghetto. Beide waren Mitglieder der "Roten Kapelle" in Paris.

Dem Sonderkommando gelang es, Ende 1944 eines der Krematorien zu sprengen. Vier jüdische Frauen, die aus Außenlagern den Sprengstoff eingeschmuggelt hatten, waren die Letzten öffentlich hingerichteten in Auschwitz 6.1.1945 (Langbein und Auschwitz-Hefte 1985).
Eine große Solidarität unter den Spanien-Kämpfern wird für die KZ's bezeugt, wobei nicht-jüdische Spanien-Kämpfer versuchten ihre relativ "privilegierte" Stellung zu nutzen um jüdischen Spanien-Kämpfern zu helfen.
Feinsylberg sagt, daß zum erstenmal unter Spanienkämpfern (vermutlich jüdischen) über den Aufbau einer Widerstandsorganisation in Birkenau gesprochen wurde (Langbein) Im Oktober 1943 gelang etwa 300 Juden und Russen ein Massenausbruch aus Sobibor, nachdem ein Aufstandsplan durchgeführt und auch 10 SS-Männer getötet wurden (Langbein). Ähnliches geschah in Treblinka (Langbein).
Neben dem Problem aus auf deutschem Gebiet liegenden KZ's auszubrechen (Polizei, Bevölkerung), waren insbesondere jüdische Flüchtlinge auch in Polen desöfteren der antisemitischen Stimmung der polnischen Bevölkerung und Polizei ausgeliefert und wurden der Gestapo übergeben. Selbst antisemitische Gruppen der polnischen Heimatarmee waren nicht selten.
Von denen, die aus Sobibor fliehen konnten, wurden etliche von Partisanen erschossen oder von Bauern denunziert (Langbein).
So war der jüdische Widerstand stets von mehreren Seiten gefährdet, ohne das dies eine Verallgemeinerung und falsche Schlüsse über die polnische Bevölkerung zuläßt.
Genug andere Beispiele der Hilfe sind belegt, für die die polnischen Helfer oft mit ihrem Leben bezahlen mußten.
Andersherum: Der Kontakt mit Deutschen war fast ausnahmslos tödlich, der mit Polen leider auch manchmal.
Wieder andere kämpften nach der Immigration nach Palästina in der Jüdischen Brigade der 8. englischen Armee, als britische Flieger, in den Reihen der französischen Fremdenlegion oder in polnisch-jüdischen Einheiten der Roten Armee (Lustiger).
Diejenigen jüdischen Kämpfer die von den Deutschen gefangen und in KZ's gesteckt wurden, setzten dort ihren Kampf fort.
Ein typisches Beispiel ist Alter Feinsilber (Feinsylberg), Politkommissar in der Dombrowski-Brigade. Nach der Verhaftung in Paris 1942 wurde er über Drancy nach Auschwitz deportiert.
Obwohl er dem überwiegend jüdischen Sonderkommando an den Krematorien zugeteilt wurde, welches in regelmäßigen Abständen wegen "Mitwisserschaft" liquidiert wurde, überlebte er 3 Jahre Auschwitz.
Bereits im April 1945 machte er vor einer polnischen Kommission detaillierteste Angaben über die Arbeit des jüdischen Sonderkommandos, die Herkunft der ankommenden Transporte und die Namen der SS-Mörder (Lustiger und Langbein).

Ghettoaufstände

In den Ghettos von Warschau, Krakau, Bialystok und Wilna kam es zu bewaffneten Revolten. Viele Widerstandshandlungen blieben unbekannt, weil niemand mehr über sie berichten konnte und es den Nazis nicht ins Konzept paßte, das die Juden Widerstand leisteten und ihnen Verluste zufügten.
Diese Aufstände geschahen oft allerdings erst vor der endgültigen Liquidierung der Ghettos durch die Deutschen.
Behindert wurden frühere Aktionen durch die mangelnde Zusammenarbeit jüdisch-zionistischer Organisationen (s.o.), die für die Alliierten lange schlecht aussehende Kriegslage, die fragwürdige Rolle der Judenräte, die immer wieder einsetzenden Deportationen aus den Ghettos, die auch Organisierte erfaßten, die abwartende Haltung gerade älterer Juden, die sich die Ausmaße des Holocaust (berechtigterweise) nicht vorstellen konnten, den militanten Widerstandswillen der jüdischen Jugendorganisationen aber auch dann noch bremsten, als Augenzeugenberichte aus den Vernichtungslagern vorlagen, die die Aussiedlungsversprechen widerlegten, weil sie eine Erhöhung der Repression befürchteten.



Eingang zum Dienstgebäude des Judenrates
Es handelt sich um ein Nazi-Propaganda-Foto, um zu belegen, wie wenig sich Juden um Religionsgenossen kümmern.

Dazu kam die Isolation in den Ghettos, die Kollaborateure in den eigenen Reihen, insbesondere die jüdische Ghettopolizei und jüdische Gestapoagenten.



Jüdische Ghettopolizei in Warschau

Die willkürlichen Razzien, Hinrichtungen und Erschießungen in den Ghettos von SS, Gestapo, SD oder Wehrmacht durchgeführt, gefährdeten genau wie die allgemeinen Lebensumstände, Kälte, Hunger, den Aufbau schlagkräftiger Organisationen.

DER KOMMISSAR
für den jüdischen Wohnbezirk
in Warschau

BEKANNTMACHUNG

Wegen unbefugten Verlassens des jüdische[n] Wohnbezirks in Warschau sind die Juden

Rywka Kligerman
Sala Pasztejn
Josek Pajkus
Luba Gac
Motek Fiszbaum
Fajga Margules
Dwojra Rozenberg
Chana Zajdenwach

durch Urteil des Sondergerichts Warschau vom 12 November 19[41] **zum Tode verurteilt worden.**

Das Urteil ist am 17. November 1941 vollstreckt worden.

... Auerswald

Ganz entscheidend war die mangelnde Unterstützung der jüdischen KämpferInnen durch den polnischen Widerstand, obwohl dieser über die bürgerliche polnische Exil-Regierung in England durch Sowjets und Engländer per Fallschirmabwürfen und durch nach der Kapitulation versteckte Waffen relativ gut ausgerüstet war.

Es ist eine polnische Staatslegende, daß der jüdische Widerstand ein Hilfsangebot der polnischen Heimatarmee ausgeschlagen hat, wie es der Kommandeur der Heimatarmee Bor-Komorowski in seinen Memoiren schreibt.
In der polnischen Heimatarmee befanden sich auch polnische Faschisten und einer Grundstimmung folgend auch viele Antisemiten, die sich zwar im Widerstand gegen die Deutschen befanden, die die Vernichtung der Juden, oft durch Übernahme der Nazi-Propaganda von der jüdisch-bolschewistischen Verschwörung, aber zumindestens billigend in Kauf nahmen, wenn sie es nicht sogar als gute Seite der Deutschen begrüßten. Diese Stimmung reichte bis in die Exil-Regierung, ohne die im Widerstand lange nichts lief.
In ausnahmslos allen Publikationen in denen jüdische KämpferInnen zu Wort kommen, wird die mangelnde Unterstützung angeklagt und die antisemitischen Tendenzen festgestellt (Edelmann, Ainsztein, Strobl, Grossmann, Sakowska).
Als sich der polnische Widerstand überhaupt entschloß eine mangelhafte Unterstützung des jüdischen Widerstands zu leisten, war z.B. im August 1942 das Warschauer Ghetto schon zu 80% liquidiert und die meisten Juden in die Vernichtungslager von Auschwitz, Belzec, Treblinka und Sobibor deportiert. Der Charakter der Lager war zu dieser Zeit lange bekannt.

Aufruf

An die Einwohner des jüdischen Wohnbezirks.

[illegible] Anordnung der Behörden vom 22. [illegible] 1942 werden alle Personen, welche nicht in Anstalten und Unternehmen tätig [illegible] unbedingt umgesiedelt.

Die Zwangsaussiedlung wird ununterbrochen weitergeführt [illegible] fordere erneut die der Aussiedlung unterliegende Bevölkerung [illegible] sich freiwillig auf dem Umschlagplatz zu melden und verlängere auf weitere 3 Tage d.h. den 2. 3. und 4. August 1942 die Ausgabe von 3 kg. Brot und 1 kg. Marmelade an jede sich freiwillig meldende Person.

Freiwillig zur Abreise erscheinende Familien werden nicht getrennt.

Sammelpunkt für Freiwillige: Dzika 3 — Stawki 27.

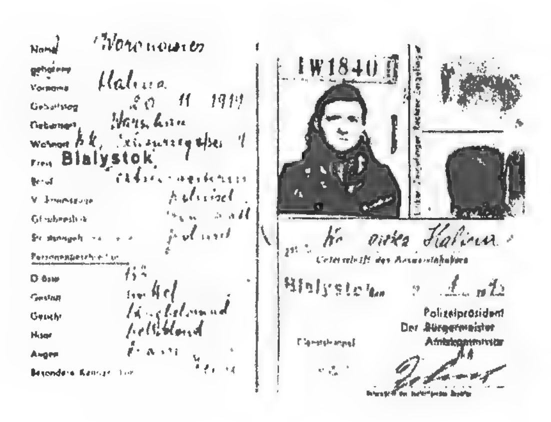
Der Leiter des Ordnungsdienstes

Warschau, den .. August 1942



GhettobewohnerInnen an der Sammelstelle in Warschau vor der Deportation in die Vernichtungslager

"Im Dezember 1942 befahl das Kommando der Heimatarmee als Ergebnis wiederholter Bitten, die Lieferung von 10 Pistolen und einer geringen Menge Munition an die jüdische Kampforganisation(im Warschauer Ghetto). Die Pistolen befanden sich in einem armseligen Zustand und waren nur teilweise zu gebrauchen" (Ainsztein).
Sämtliche anderen Waffen mußten die Juden selber teuer kaufen (teurer als die Polen) oder stehlen, insbesondere durch aus dem Ghetto geflüchtete und im Untergrund lebende "arisch" aussehende JüdInnen. Hierbei waren besonders viele Frauen aktiv.



Chaika Grossmann's "arisierte" Identitätskarte; sie war Kämpferin im Biolystoker Ghetto und Kurierin zwischen den Ghettos.

Der Rest war ein wenig Sprengstoff, sebstgebastelte Waffen, wie Molotow-Cocktails und Beutewaffen vom Beginn des Ghettoaufstands.
Darüberhinaus gab es Bunkersysteme in den Häusern des Ghettos und Fluchtwege durch die Kanalisation.
Trotz der beschriebenen Ausgangssituation die einen Erfolg im vorherein ausschloß, entschlossen sich viele Juden zum bewaffneten Widerstand um im direkten Widerstand gegen den Faschismus zu sterben.
Himmler war auf die Idee gekommen, Hitler zum Geburtstag (20.4.) die endgültige Liquidierung des Warschauer Ghettos "zuschenken".
Zu dieser Zeit lebten noch ca. 60000 Menschen auf dem nach den Deportationen von 1942 verkleinerten Ghettogelände.
Am 19.4.43 begann der Angriff der Faschisten, der gut vorbereitet war, da es bereits im Januar zu vereinzeltem bewaffneten Widerstand gekommen war. Der Angriff sollte nach 3 Tagen abgeschlossen sein.
Der Widerstand dauerte selbst nach Nazi-Lesart bis zum 16.5., aber auch danach operierten jüdische Kampfgruppen bis zum Oktober 43 auf dem Ghettogelände. Die Faschisten wurden zu Beginn des Aufstandes mehrfach blutig zurückgeschlagen und mußten das Ghetto verlassen. Erst der Einsatz von Panzern, Artillerie, Flugzeugen und Flammenwerfern ermöglichten den Nazis ein Vorwärtskommen.
Während die meisten KämpferInnen ermordet oder deportiert wurden, gelang einigen die Flucht über/durch die Ghettomauer oder die Kanalisation. Sie versuchten zu den Partisanen zu gelangen oder auf der "arischen" Seite unterzutauchen.



Warschauer Ghettokämpferinnen vor der Ermordung nach erfolgter Gefangennahme

Noch im Juni 1944 wurden deutsche Truppen auf dem Ghettogelände von jüdischen Kampfgruppen attackiert. Diese Gruppen müssen unter unvorstellbaren Bedingungen überlebt haben.
Zumindestens von einem Juden ist bezeugt, daß er in den Trümmerfeldern des Ghettos bis zum Beginn des polnischen Aufstands in Warschau am 1.8.44 überlebte (Ainsztein).
In der ganzen Zeit des Aufstandes wurden die jüdischen KämpferInnen nur durch vereinzelte Teile des polnischen Widerstandes, meist linke Gruppen, Gruppen mit jüdischen Partisanen und Pfadfinder!, unterstützt.
Die polnische Heimatarmee leistete kaum Aktionen zur Ablenkung der Deutschen außerhalb des Ghettos, die die Flucht der KämpferInnen ermöglicht hätten.
Einzelne Gruppen der Heimatarmee die dies versuchten agierten oft ohne Wissen oder gegen den Willen der Untergrundführung.
Trotz dieser schlechten Erfahrungen während des Ghettoaufstandes nahmen die überlebenden KämpferInnen am Warschauer Aufstand 1944 teil und starben oft für Polen.



Die Abschottung des Warschauer Ghettos

Es ist charakteristisch, daß bei vielen jüdischen KämpferInnen an den vielen(hier nicht erwähnten) Widerstandsorten, ihre jüdische Identität geleugnet wird und das viele dem Vergessen anheimfielen, trotz der zumindestens in Osteuropa antifaschistisch geprägten Geschichtsschreibung nach dem Krieg.
Viele Spanien-Kämpfer fielen stalinistischen Säuberungen zu Opfer (Trotzkismus, westliche Agenten etc.)
GhettokämpferInnen und jüdische WiderstandskämpferInnen die den Krieg überlebt hatten und kurzfristig in ihren Ländern des Ostblocks hohe Positionen einnahmen, wurden Opfer der antisemitischen Kampagnen am Ende der Stalin-Ära.
In den USA wurden Spanien-Kämpfer während der McCarthy Ära generell verfolgt.
In der mangelnden Kenntnisnahme des jüdischen Widerstandes in der Deutschen Geschichtsschreibung, die sich fast vollständig auf die Opferrolle der Juden konzentriert sind zwei Sachen festzumachen:

Erstens kann mensch darin die Fortschreibung des Herrenrassedenkens sehen, der den jüdischen "Untermenschen" keinen Widerstand zutraut und ihn damit mitschuldig erklärt an der eigenen Vernichtung.
Zweitens das Scheuen des Vergleichs mit dem deutschen Widerstand, der trotz oftmals günstiger Möglichkeiten aus Machtpositionen heraus fast nichts zustande brachte. Dies gilt insbesondere für die in der BRD hochgehaltene Politiker- und Offiziersclique des 20.7.1944. Ohne die Aktionen deutscher Widerstandskämpfer schmälern zu



Jüdischer Ordnungsdienst, der die Menschen in die Deportationszüge trieb

wollen, brachten die jüdischen KämpferInnen aus ihrer hoffnungslosen Lage, mutiger mehr zustande und richteten mehr Schaden an, der den Krieg verkürzte.
Allein der Aufstand im Warschauer Ghetto dauerte länger als der ganze Frankreichfeldzug der Nazis.
Diese Aktionen bleiben beispiellos in der Widerstandsgeschichte gegen den Faschismus.
Besonders zu erwähnen ist hierbei, weil oft verschwiegen, der hohe Anteil der kämpfenden Frauen

Literatur:

Ainsztein,Reuben; Die Revolte gegen die Vernichtung- Der Aufstand im Warschauer Ghetto; Schwarze Risse 1993;
Ainsztein,Reuben; Jüdischer Widerstand im Deutschbesetzten Osteuropa während des Zweiten Weltkrieges; Universität Oldenburg erscheint ca. 10/93;
Edelmann,Marek; Das Ghetto kämpft - Warschau 1941-43; Harald Kater 1993;
Grossmann, Chaika; Die Untergrundarmee - Der jüdische Widerstand in Bialystok; Fischer 1993;
Institut f. Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (Hrsg.); Resistance - Erinnerungen deutscher Antifaschisten; Dietz 1975;
Langbein,Herrmann; ...nicht wie die Schafe zur Schlachtbank"- Widerstand in den deutschen Konzentrationslagern; Fischer1983;
Levi, Primo; Wann wenn nicht jetzt ?; dtv 1993;
Lustiger,Arno; Shalom Libertad - Juden im spanischen Bürgerkrieg; athenäum 1989;
Perrault, Gilles; Auf den Spuren der Roten Kapelle; Europa 1991;
Sakowska, Ruta; Die zweite Etappe ist der Tod - NS-Ausrottungspolik gegen die polnischen Juden, gesehen mit den Augen der Opfer; Edition Hentrich 1993;
Strobl, Ingrid; Sag nie du gehst den letzten Weg - Frauen im bewaffneten Kampf gegen Faschismus und Okkupation; Fischer 1989;
PS : Falls irgendjemand die Rolle der Deutschen hier vermißt :
Dies ist keine Relativierung der deutschen Schuld. Die Bestialität der Deutschen wird als bekannt vorausgesetzt.

Pferdesport ist Pferdemord

Verhindern wir am 10. Juli 93 das Military-Massaker in Luhmühlen

Jedes Jahr ist Luhmühlen in Niedersachsen das Mekka der Norddeutschen, aber auch internationalen Military-Fans. Und jedes Jahr werden hier unter den johlenden Anfeuerungsrufen der Zuschauer Pferde über die mörderischen Hindernisse gehetzt und getrieben. Splitternde Knochen aber auch Todesfälle von Tieren sind dabei an der Tagesordnung. Im vergangenen Jahr überlebte der zehnjährige US-Wallach "Seawolf" den Sprung über die Hürde 11 nicht. 1991 war das Nachwuchspferd "Chicowa" über Hürde 13 tot zusammengebrochen. Die Todes-Liste ließe sich beliebig fortsetzen. In arroganter und verachtender Gleichgültigkeit fanden die Verantwortlichen immer wieder ausreden, um ihrem mörderischen Sport den blutigen Schein zu nehmen.
Reißen wir ihnen dieses Jahr die Masken von ihrer fiesen Fratze. Kommt deshalb zahlreich am 10. Juli 1993 zur Demo gegen die Internationale und Deutsche Military-Meisterschaft nach Luhmühen. Wir treffen uns um 9 Uhr im Ort vor dem Laden "Horse + Ride" (Landstr., Ecke Bruchweg).

Schon im vergangenen Jahr protestierten Tierschützer gegen den Pferdemord, rund 50 Leute blockierten das Hindernis Euroteich. Doch noch während die Transparente ausgebreitet wurden, stürmte eine Meute organiserter Schläger auf die Tierschützer zu, schlug und trat auf sie ein. Zahlreiche Protestler wurden verletzt. Nach der Aktion wurden 8 Leute willkürlich festgenommen und erkennungsdienstlich behandelt. Wir lassen uns nicht einschüchtern. Wir machen weiter Front gegen Profit- und Prestigeinteresse auf dem Rücken der Pferde - aber auch gegen jegliche Haltung und Gebrauch aller Tiere als Freizeitgerät, Fleischlieferanten und Streichelobjekte.

Lehren wir den Pferdemördern das Fürchten!

Achtung! Meldet euer Kommen unter Tel. 06732/4746 an.

Tierschutz-Aktiv-Nord



mo 22 uhr

5.7.
22.00 Uhr: FSKs politischer Spätschoppen mit neun VertreterInnen aus zehn Radios und Gästen.
Thema: „Die eugenischen und 'moralphilosophischen' Ansichten des australischen Gentechnikers Peter Singer"

12.7.
22.00 Uhr: Radio Loretta Spezial: Caspar Brötzmann Massaker

19.7.
22.00 Uhr: ProHomo - Famose Schwule Kultur präsentiert das FSK 104-Medienmagazin.
Thema: „Schwules Radio im deutschsprachigen Raum"

26.7.
22.00 Uhr: Radio Freies Bergedorf - in Zusammenarbeit mit der AntiFa Bergedorf: „Rechtsradikalismus in Lohbrügge"

26.7. - 2.8.: Schwerpunktprogramm zum Thema „Hamburg in Schutt und Asche - Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus"

Außerdem empfiehlt FSK 104: Radio Emigrec, jeden Freitag ab 21.00 Uhr im Offenen Kanal.

Vorschau:
7.8., 18.00 Uhr: Radio St.Paula - „Feministische Tabus"
14.8., 18.00 Uhr: Radio St.Paula - „Crime-Time" (Hörspiel)

mi 21 uhr 22 uhr

7.7.
21.00 Uhr: Uniradio - AIDS
22.00 Uhr: Radio Loretta - Das St.Pauli-Gespräch: Als Gäste angefragt: Stadtteilplenum St.Pauli Hafenrand ...

14.7.
21.00 Uhr: Uniradio - Tourismus
22.00 Uhr: Radio Loretta - Wege aus der Suppkultur (Collage zum Thema Freie Supp Kultur)

21.7.
21.00 Uhr: Uniradio - Portrait des nordamerikanischen Sprachwissenschaftlers und libertären Aktivisten Noam Chomsky
22.00 Uhr: Radio Loretta - Studiodiskussion über Noam Chomskys sprachwissenschaftliche und gesellschaftspolitische Ansichten - mit Gästen aus dem Fachbereich Sprachwissenschaft der Universität und dem Libertären Zentrum. Fragestellung: Wie passen bei Chomsky Wissenschaft (das Gehirn als prästabiler Generator von Grammatik und Bewußtsein) und Gesellschaftspolitik (Anarchismus) zusammen?

28.7.
21.00 Uhr: Welle Winterhude Hamburg in Schutt und Asche
22.00 Uhr: Radio Loretta & Uniradio - Totale Kriegsdienstverweigerung

offener kanal auf 96 mhz
livetelefon: 8 99 25 85 (studio), 8 90 48 18 (foyer)

sa

3.7.
18.00 Uhr: Radio St.Paula - Hamburger Frauenprojekte und ABM-Kürzungen / „The Seventies!"
19.00 Uhr: Radio Brisanz - Experiment Poesie Information
20.00 Uhr: Pink Channel - Europäisches schwul-lesbisches Jugendtreffen
21.00 Uhr: Radio Loretta - Loretta-Vorhör: Konzerte des Monats Juli

10.7.
18.00 Uhr: Radio St.Paula - Frauen in El Salvador
19.00 Uhr: Stadtteilradio Hamm In Hamm und um Hamm und um Hamm herum; nicht nur für Hammerinnen und Hammer
20.00 Uhr: Pink Channel - Radio für Schwule
21.00 Uhr: Radio Loretta - Neue Tonträgerinnen

17.7.
18.00 Uhr: Radio St.Paula - Frauen in ex-Jugoslawien
19.00 Uhr: Radio Brisanz - Experiment Poesie Information
20.00 Uhr: Pink Channel - Radio für Schwule
21.00 Uhr: Radio Loretta - Hamburger Noise Fraktion

24.7.
18.00 Uhr: Radio St.Paula - Feministisches Radio in Nicaragua
19.00 Uhr: Radio 50 - Lokales, Kultur, Soziales, und Skurriles aus Altona
20.00 Uhr: Pink Channel - Radio für Schwule
21.00 Uhr: Radio Loretta - Fanzines: Durchblick durch „yesterdays papers"

31.7.
18.00: Radio St.Paula - AIZAN/Mädchenprojekt
19.00 Uhr: Radio St.Paula - Hamburg in Schutt und Asche
20.00 Uhr: Pink Channel - Schwule im National-sozialismus
21.00 Uhr: Radio Loretta - Musik in Schutt und Asche

ADRESSEN

ALTE
Graue Panther e.V.
Lerchenstr. 37, Tel.: 439 33 88
Donnerstagsplenum: jeden 1. u. 3. Do. im Monat
15-18.30, Kontakt: Maike Brandt

ANTIFA
Antifa Schanzenviertel
Treffen jeden 1.
Mittwoch im Monat
ab 21 Uhr in der Roten Flora

Antirassistisches Telefon
Tel.: 43 15 87

ARCHIVE
Archiv der sozialen Bewegungen und das Foto-Archiv-Kollektiv
Mo, Mi 16-19 Uhr in der Roten Flora,
Schulterblatt 71, HH 36

CAFE UND BUCH
Markstr. 114, 2 HH 36
Mo-Fr 13-18.30; Sa 10-13.30

DROGEN
Palette
Eltern- und Angehörigeninitiative für akzeptierende Drogenarbeit e.V.
Bartelsstr. 12 im Schanzenhof
Tel.: 430 32 00 (Mi 18.30-22.00)

Stay Alive
Drob Inn St. Pauli
Nobistor 10, 2 HH 36, Tel.: 3174507

FRAUEN
Notruf für vergewaltigte Frauen und Mädchen
Tel.: 25 55 66
Mo-Fr 9.30-13 Uhr (außer Mittwochs), Mo+Do 15-19 Uhr; Di+Mi 15-16 Uhr
(sonst Anrufbeantworter)

AIZAN für Mädchen
Wohlwillstraße 55, 2 Hamburg 36, Tel.:
43 60 54 (Mo-Fr 10-16.00)
Beratung: Mo, Di, Do 14-16 Uhr
Hausaufgabenhilfe: Di, Do 15-18 Uhr
Sozialberatung für junge Frauen: Mi 14.30-16.30 Uhr

Frauenbildungszentrum Denk(t)räume
Grindelallee 43, Tel.: 45 06 44

Bloody Mary/Frida
Frauen/Lesben- Bar
Kleiner Schäferkamp 46
Freitag ab 2o Uhr

Dolle Deerns e.V.
Beratung für sexuell mißbrauchte Mädchen und Frauen
Juliusstr. 16, Tel.: 439 41 50
Mo 14-16 Uhr, Mi 16-18 Uhr, Do 11-13 u. 15-17 Uhr

FRIEDEN:
Deutsche Friedensgesellschaft/Vereinigte Kriegsdienstgegner
Gruppenabend: Di 20 Uhr im Haus für Alle,
Amandastraße 58, Tel.: 43 20 05 oder:
Mo.,18 Uhr im Goldbekhaus, Moorfurthweg 9

HAFENSTRASSE
Cafe "Tante Hermine", Hafenstr. 108, 2 HH 36
(un-) regelmäßig ab 15 Uhr
Genossenschaftsbüro Bernhard-Nocht-Str. 24
Hafenrandverein St. Pauli e.V. c/o GWA,
Hamburger Hochstr. 2, 2 HH 36

HAUS FÜR ALLE
Internationales Stadtteilzentrum im Schanzenviertel
Amandastr. 58, Tel.: 43 15 85
täglich 10-18 Uhr

HIV und AIDS:
Schwupptiwupp. Schwule Nächte mit Menschen mit HIV und Aids, ungetestete und andere
Kleiner Schäferkamp 46, Hamburg 36
Mi, ab 20.00
Kleiner Schäferkamp 46

Aids-Hilfe Hamburg e.V.
Paul Roosen Str. 43, Tel.: 319 69 81
Sprechzeiten Büro: Mo, Mi, Fr 10-12 Uhr; Di, Do 17-19 Uhr
Telefonberatung: Mo-Fr 18-21 Uhr
Sonntagscafe: So 15-18 Uhr

INFOS
Schwarzmarkt -Infoladen-
Kleiner Schäferkamp 46, 2 Hamburg 36, Tel.: 44 60 95; FAX: 410 81 22
Mo-Fr: 12-18.00, Sa: 12-15.00
Do: " (nur Frauen)

KINDER UND JUGEND
Kindersorgentelefon
Margaretenstr. 41, Tel.: 43 73 73

Kinderhaus Heinrichstraße
Heinrichsraße 14a, Tel.: 43 39 49

Kinderstube Altona e. V.
Bartelsstr. 65, Tel.: 43 68 55

Kinderglück e. V.
Beckstr. 4, Tel.: 439 93 97

Kinderwohnhaus Sternschanze
Sternstr. 39, Tel.: 43 76 44

KNAST
die gruppe
Treffpunkt und Beratung, Bartelsstr. 26, Tel.: 439 17 93

KULTUR
Literaturlabor
Lindenallee 40, HH 20, Tel.: 43 59 26

LIBERTINISTEN
Libertäres Zentrum
Lagerstr. 27, Tel.: 430 13 96

MÄNNER
Männercafe
Di, ab 17 Uhr im Cafe Döse, Bartelsstr. 10, HH 36,
Tel.: 4304590

Profeministisches Männer-Medienarchiv
Di, ab 15 Uhr im Cafe Döse, Bartelsstr. 10, HH 36

MIGRANTINNEN
Spanischer Elternrat e.V.
Haus für Alle, Amandastr. 58, Tel.: 43 20 52

Türkisches Volkshaus
Neuer Kamp ?
täglich 13-24 Uhr

Ausländerberatungsstelle der Arbeiterwohlfahrt
Vereinsstr. 30, Tel.: 439 22 34

amnesty international Asyl-Beratung für ausländische Flüchtlinge
Amandastr. 34, Tel.: 439 24 05
Do 18-20 Uhr

Hamburger Arbeitskreis Asyl e.V.
Völckersstr.14-20 HH 50, Tel.: 39 13 51
Di 10-13, Do 14-17 Uhr

Internationaler Treffpunkt Karolinenstr. e. V.
Marktstr. 119, Tel.: 439 27 81
Mo u. Do 10-14 Uhr; di 10-13 Uhr; Mi 10-16 Uhr

RADIO
Radio Loretta
offener Kanal 96.0 MHZ: Mi 22-23 Uhr; Sa 21-22 Uhr
Offene Treffen: Musikredaktion: Mo, 20 Uhr;
Gesamtredaktion: Do, 20 Uhr, Libertäres Zentrum,
Lagerstr.27, 2 HH 36, Tel.: 430 13 96

SCHWULE
Schwule glücklich auf der Baustelle
Kleiner Schäferkamp 46, Hambur 36
Do ab 20.00

Schwusel
c/o tuc tuc, Oelckersallee 5, Tel.: 430 06 95

STADTTEILPLENUM
1-mal monatlich siehe Artikel

TIERSCHUTZ
Tierschutz-Aktiv-Nord
c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 2 HH 36

VOKÜ
Adressen: Rote Flora, Schulterblatt 71
B5, Brigittenstr. 5
Hafen Vokü, Hafenstr.116
Jäpa, Wohlwillstr. 22
KSK, Kleiner Schäferkamp 46
Volksküchenplan:
MO: 19.00 Flora; 19.30 Hafenstr.; 20.00 Jäpa (vegetarisch)
DI: 20.00 alle 2 Wochen B5 (veg.); 19.30 Hafen
MI: 20.00 Klausstr. (veg.); 19.30 Hafen
DO: 19.00 Flora (veg.); 19.30 Hafen
FR: 20.00 Turm (veg.); 19.30 Hafen; 19.00 Flora (veg.)
SO: 19.00 Flora (vegan) (14 tägig); 19.00 KSK (vegan) (14-tägig)

WOHNUNGSLOSE
Ambulante Hilfe e.V.
Beratungsstelle Altona: Schomburgstr.108
Tel.: 389 732